

Schule heute

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung

K 8050

65. Jahrgang

7-8 | 2025





Impressum:

SCHULE HEUTE – Information und Meinung
erscheint achtmal jährlich

Herausgeber:
Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. (VBE NRW e. V.)
Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer,
Erzieherinnen und Erzieher im DBB NRW,
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Tel.: 0231 449900-0, Fax: 0231 449900-10
Internet: www.vbe-nrw.de

Produktion:
VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Tel.: 0231 44990070, Fax: 44990010
Internet: www.vbe-verlag.de

Anzeigen
Preisliste 20, gültig ab 1. Januar 2025

Anzeigenleitung:
Marion Clausen, Telefon 0307261917-32
E-Mail: marion.clausen@dbbverlag.de

Anzeigendisposition:
Britta Urbanski, Telefon 0210274023-712
E-Mail: b.urbanski@dbbverlag.de

DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 A, 40878 Ratingen
Telefon 0210274023-0, Fax 0210274023-99.
E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Redaktion:
Melanie Kieslinger (Schriftleiterin)
E-Mail: melanie.kieslinger@vbe-nrw.de
Stefan Behlau, Anne Deimel
Xenia Klaffke, Robert Lachner, Alexander Spelsberg

Druck:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG Druckmedien,
Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Verlag:
DBB Verlag GmbH, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin,
Tel.: 030 7261917-0, Fax: 030 7261917-40,
Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Satz und Layout: my-server.de - GmbH
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund
in Zusammenarbeit mit Kirsch Kürmann Design
Wittekindstr. 11, 44139 Dortmund
Titelillustration: www.kirschkuermann.de

Anschriftenverwaltung:
VBE-Landesgeschäftsstelle, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

Für Mitglieder ist der Bezugspreis dieser Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag.
Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 47,90 Euro zzgl. 9,30 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 6,00 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden.

Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder teilweise, ist nur mit der Genehmigung der Redaktion, die wir gern erteilen, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers bei Zusendung eines Belegexemplares gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der Vorlage einverstanden. Die Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichendes Rückporto beiliegt. Die Redaktion behält sich vor, redaktionelle Kürzungen der eingesandten Texte vor der Veröffentlichung vorzunehmen. Die Besprechung ohne Aufforderung zugesandter Bücher bleibt der Redaktion vorbehalten.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Ansicht der Verfasser wieder und entsprechen nicht in jedem Fall der Redaktionsmeinung.

Redaktionsschluss jeder Ausgabe ist der 1. des Vormonats.

Beilage, wenn erschienen: Der öffentliche Dienst an Rhein und Ruhr.

ISSN-Nr.: 0342-751X
Druckauflage 25.250 Expl. (IVW 1/2025) 





22

@monkeybusinessimages/istockphoto.com



24

© Xenia Klafke



30

Inhalt:

- | | |
|--|---|
| <p>4 Editorial</p> <p>5 Kommunen in der Bildungsverantwortung – Verantwortung in Bildungskommunen
Strukturen und Herausforderungen aus wissenschaftlicher Perspektive</p> <p>10 Bildung darf nicht von der Postleitzahl abhängen
Die Verantwortung der Städte für Bildung – ein Interview</p> <p>13 Kommunale Verwaltung – auch eine Frage der Haltung
Vernetzung und Kooperation bei der Gestaltung von Bildungslandschaften – ein Interview</p> <p>16 Ohne verlässliche Schulträger keine gute Schule
Rechtsratgeber</p> <p>18 Zwischen Anspruch und Alltag
Kommunale Verantwortung aus Schulleitungssicht – ein Interview</p> | <p>20 Laut gedacht
von Stefan Behlau</p> <p>22 Inklusion ist gewollt, doch es gibt massive Hürden im Schulalltag
Neue forsa-Umfrage zur Inklusion</p> <p>26 Nachrichten</p> <p>30 Nachhaltigkeit im Fokus
Das Referat Nachhaltigkeit des VBE NRW stellt sich vor</p> <p>32 Junges Netzwerk Schule
Ein Rückblick</p> <p>35 Bildungswerk</p> <p>38 Sommer, Sonne, Schwindelhöhe
Sommerfest der VBE-Geschäftsstelle</p> <p>40 Regional</p> |
|--|---|



Bildung gemeinsam gestalten

Was hat die Kommune eigentlich mit Bildung zu tun?

Kitas, Schulen, Volkshochschulen, Bibliotheken, Jugendhilfe – all das sind Orte, an denen Bildung geschieht. Und alle diese Orte liegen in kommunaler Hand oder sind zumindest eng mit ihr verzahnt. Dabei geht es nicht nur um Gebäude oder Budgets, sondern auch um die Frage: Wie schaffen wir es gemeinsam, gute Bildung für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen zu ermöglichen? Und wer trägt dafür die Verantwortung?



© Silvia Kriens

Dieses Heft beleuchtet das Thema aus verschiedenen Perspektiven: Eine wissenschaftliche Analyse zeigt die Strukturen und Herausforderungen kommunaler Bildungslandschaften, ein Blick aus der Verwaltung verdeutlicht praktische Handlungsspielräume und aus der Praxis wird berichtet, wie sich kommunale Zusammenarbeit im Alltag auswirkt.

Wir laden Sie ein, mit uns herauszufinden:
Wo beginnt kommunale Bildungsarbeit –
und wo kann sie vielleicht noch wachsen?
Was funktioniert gut, wo hakt es,
und was lässt sich voneinander lernen?

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

U. Kieslinger

*Melanie Kieslinger,
Schriftleiterin Schule heute*



Kommunen in der Verantwortung in der BILDUNGS-verantwortung – kommunen



© www.kirschnermann.de

Von Christian Brüggemann und Björn Hermstein

O

bschon sich wieder einmal bestätigt, dass Kommunen in der Programmentwicklung besser beteiligt werden sollten, zeigt das aktuelle Startchancenprogramm der Bundesregierung doch: Bildung ist ohne kommunale Verantwortung nicht zu denken. Im wissenschaftlichen Diskurs wird oft übersehen, dass nahezu jede Bildungsreform, jede Maßnahme der Schulentwicklung die Kommunen als Schulträger adressiert, ihnen Verfügungsrechte zuweist und (organisatorische, finanzielle und zum Teil inhaltliche) Pflichten überträgt (Hermstein, 2024). Egal ob es um die Umsetzung ganzjähriger und inklusiver Bildung, die Digitalisierung im Bildungswesen, die Förderung von Familienbildung und Sozialraumorientierung in Kitas und Schulen, die Stärkung von Kinderrechten und Schutzkonzepten, den Ausbau von Kita- und Schulsozialarbeit oder aber die Entwicklung moderner Raum- und Ausstattungskonzepte in Bildungssettings geht: Stets sind die Kommunen an Bord.

”

*Bildung ist
ohne kommunale Verantwortung
nicht zu denken.*

“

Je nach sozioökonomischer und fiskalischer Ausgangssituation können die bildungspolitischen Reformvorhaben von Bund und Ländern seitens der Kommunen auch als Bürde aufgefasst werden. Gleichwohl ist zu konstatieren: Kommunen wollen zusätzliche Verantwortung für die Gestaltung „ihrer“ Bildungssysteme übernehmen. Hiervon zeugt u. a. die Vielzahl an Erklärungen und Initiativen, die von kommunalen Verbänden und Vereinigungen abgegeben wurden. Eindruckliche Beispiele sind die Erklärung „Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung“ der Weinheimer Initiative aus dem Jahr 2007, die Aachener Erklärung „Bildung in der Stadt“



*Kommunen möchten
seit einigen Jahren über ihre
Pflichtaufgaben hinaus aktiv
das Bildungswesen gestalten und
für ihre diesbezüglichen Leistungen
Anerkennung finden.*



(2007) und die Münchener Erklärung „Bildung gemeinsam verantworten“ (2012) des Deutschen Städtetages sowie das Positionspapier „Herausforderungen im Bildungswesen“ (2014) des Deutschen Landkreistags. Kennzeichnendes Merkmal dieser bildungspolitischen Agenda ist: Kommunen möchten seit einigen Jahren über ihre Pflichtaufgaben hinaus aktiv das Bildungswesen gestalten und für ihre diesbezüglichen Leistungen Anerkennung finden. Leitbild des Engagements ist die Kommunale Bildungslandschaft, eine Melange aus traditionellen kommunalen Praktiken wie der Planung von schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten und neuen Formen der Steuerung, die als Bildungsmanagement und -monitoring bezeichnet werden (Brüggemann, Hermstein & Nikolai, 2023).

Bemerkenswerter als die mit Bildungslandschaften verbundenen Verwaltungsreformen – Bildungsbüros, Steuerungs- und Arbeitsgruppen, Bildungsleitbilder, Bildungskonferenzen, Bildungsberichte – ist der darin sichtbare Kulturwandel: Kommunale Bildungsverantwortung meint im Hinblick auf die Entwicklung von Schule nicht mehr allein die (leider oft unterschätzte) Bereitstellung adäquater Infrastrukturen, sprich die Besorgung bildungsrelevanter Inputfaktoren wie Gebäude und sachliche Ausstattung. Sie umfasst auch die Prozess- und Outputdimensionen von Bildung. Die offensive Forderung nach mehr Selbstständigkeit und mehr Verantwortung „nicht nur für finanzielle, sächliche und personelle Ressourcen, sondern

auch und gerade für die Erfolge der Schule“ (Landkreistag, 2014) zeigt, dass Kommunen ihren Stellenwert reflektieren und ihre Standpunkte selbstbewusst zur Geltung bringen.

Wie Studien zu Bildungsungleichheiten immer wieder verdeutlichen, ist den Kommunen hier nachdrücklich das Wort zu reden. Bildung findet vor Ort statt, Bildungsbenachteiligungen und institutionelle Diskriminierungen haben aber ebenso eine lokale Dimension. Trägerstrukturen im Kitabereich, die Institutionalisierung von (auch außerschulischer) Ganztagsbildung und die Verteilungen von Schulangeboten im kommunalen Raum stellen ungleichheitsmoderierende Faktoren der Bildungsbeteiligung und des Bildungserfolgs dar. In Kommunen, sowohl in Städten als auch in Landkreisen, kommen Prozesse sozialer Segregation zum Tragen, auch gefördert durch die spezifische Beschaffenheit der Bildungslandschaften (Helbig & Nikolai, 2019; Schieler & Menzel, 2024). Allein der Blick auf formelle Bildungsprozesse würde aber zu kurz greifen: Städtebauliche Planungen, wohnräumliche Muster, Verteilungen von Grün- und Spielflächen, die Bewirtschaftung kommunaler Begegnungsstätten und Aneignungsräume für Kinder und Jugendliche werden durch die Kommunen geprägt und eröffnen Sozialisationskontexte, die auch die schulische Bildungsarbeit mehr oder weniger direkt prägen.



*Bildung findet vor Ort statt,
Bildungsbenachteiligungen und
institutionelle Diskriminierungen
haben aber ebenso eine
lokale Dimension.*



Mit der Aneignung des Leitbilds kommunaler Bildungslandschaften deuten Kommunen einen ambitionierten Wandel an – Bildungsverantwortung auch im Hinblick auf Ergebnisse gedacht. Bildungsmanagement will Bildungsprozesse

mitgestalten, am offensichtlichsten im Feld der Bildungsübergänge, z. B. am Übergang Kita – Grundschule durch Informationsveranstaltungen für Eltern oder am Übergang Schule – Beruf mit (auch verstärkt im digitalen Raum präsenten) Beratungs- und Informationsangeboten. Mit öffentlichkeitswirksamen Bekundungen ist es allerdings nicht getan. Kommunen, insbesondere die kommunale Bildungs- und Jugendhilfeverwaltung, sind angesichts der vielfältigen Herausforderungen im Bildungswesen gefragt, partizipative Aushandlungsprozesse zu fördern und alle an Bildung beteiligten Akteure hierzu einzuladen, vielleicht auch aufzufordern. Hierin liegt eine gewisse Herausforderung, wird man doch schnell mit unbequemen Problemstellungen konfrontiert, die entweder die Frage aufwerfen, warum noch nicht gehandelt wurde, oder dann doch die Grenzen der kommunalen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Um eine aktive Rolle auch tragfähig implementieren zu können, bedarf es der Grundvoraussetzung, neben Bildungsdaten auch das Wissen und die Erfahrungen der Bildungspraxis anzuerkennen. Ein solcher Anspruch adressiert nicht allein die Bildungspolitik, Bildungsdezernent:innen und Bürgermeister:innen wie Landrät:innen, sondern insbesondere auch pädagogische Fachkräfte und junge Menschen selbst. Auffällig unerforscht, aber umso wichtiger sind es Vertreter:innen der Pädagogik – etwa Personalräte und Schüler:innenvertretungen –, die im Zentrum einer kritischen kommunalen Bildungsöffentlichkeit stehen könnten.

Zukünftig ist es auch für die Wissenschaft angezeigt, die a priori affirmativ als Unterstützungssysteme ausgewiesenen Stellen im Bildungsmanagement auf ihre Leistungen hin zu befragen. Insbesondere Leitungen von Schulen und freien Trägern der Jugendhilfe werden ihre eigenen Erfahrungen mit neuen Akteuren wie Bildungsbüros und Steuerungsgruppen gemacht haben, die vielerorts vielleicht auch schlicht die altbekannte Verwaltungspraxis stabilisieren. Sie versprechen aber, Beteiligungsräume zu eröffnen, denen sich Bildungseinrichtungen gegenüber offensiv und durchaus provokativ positionieren



Bildungsmanagement will Bildungsprozesse mitgestalten, am offensichtlichsten im Feld der Bildungsübergänge.



können. Leitungskräfte können die durch Bildungsmanagement geschaffenen Öffentlichkeiten pragmatisch nutzen, um die Schulverwaltungen von Kommune und Land zur Anerkennung und Bearbeitung bildungspraktischer Problemlagen zu bewegen. Kommunale Bildungsberichterstattung tendiert dazu, zum Selbstzweck zu werden, und könnte durch eine umfangreichere kommunale Beteiligung stärker von konkreten Frage- und Problemstellungen aus gedacht werden.

Anzeige

Wir sorgen für Sie.
Heute und morgen.

GKG
Gesundheit & Lebensqualität
für die Region Bamberg

Die Fachabteilung für Psychosomatik und Psychotherapie
der Steigerwaldklinik Burgebrach behandelt:

- Depressive Erkrankungen
- Burn-Out- und Stress-Erkrankungen
- Selbstwertkrisen
- Angststörungen
- Somatoforme Funktionsstörungen
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Essstörungen
- Störungen der Persönlichkeitsentwicklung
- Zwangsstörungen u. a.

Dr. med. C. Lehner
Chefarzt der Fachabteilung
Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie



Steigerwaldklinik Burgebrach

Am Eichelberg 1 - 96138 Burgebrach
09546 88 510 - sekretariatps@gkg-bamberg.de - www.gkg-bamberg.de

” *Essenziell für ein problembewusstes
kommunales Agenda-Setting ist ein
vertrauensvolles Zusammenwirken
zwischen Politik, Verwaltung
und pädagogischer Praxis* “

Essenziell für ein problembewusstes kommunales Agenda-Setting ist ein vertrauensvolles Zusammenwirken zwischen Politik, Verwaltung

und pädagogischer Praxis – auch dort, wo Konflikte über Zuständigkeiten oder pädagogische Prioritäten offen zutage treten. Solche Konflikte sollten nicht verdrängt, sondern im Sinne einer lösungsorientierten Perspektivenübernahme produktiv genutzt werden. Eine auf ausgewählte Kernthemen und lokale Anliegen zugeschnittene kommunale Bildungsagenda könnte die Motivation zur Mitwirkung fördern, politisches Commitment bewirken und die neuen Strukturen und Stellen sinnvoll einbinden. So gesehen liegen in Kommunen ungenutzte Potenziale, die in verstärktem Maße auch bottom-up geweckt werden sollten.

Literatur

Brüggemann, C., Hermstein, B., & Nikolai, R. (Hrsg.) (2023). *Bildungskommunen: Bedeutung und Wandel kommunaler Politik und Verwaltung im Bildungswesen*. Beltz Juventa. https://www.pedocs.de/frontdoor.php?source_opus=26500

Deutscher Landkreistag (2014). Herausforderungen im Bildungswesen – Kommunalen Gestaltungsauftrag und Gestaltungswille. Beschluss des Präsidiums des Deutschen Landkreistages vom 1./2.10.2014. https://www.landkreistag.de/images/stories/publikationen/2014_Herausforderungen_im_Bildungswesen.pdf

Helbig, M., & Nikolai, R. (2019). Bekommen die sozial benachteiligten Schüler*innen die „besten“ Schulen? Eine explorative Studie über den Zusammenhang von Schulqualität und sozialer Zusammensetzung von Schulen am Beispiel Berlins. WZB. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2019/p19-002.pdf>

Hermstein, B. (2024). Schulträger. Eine postheroische Führungsinstanz im Mehrebenensystem Schule. *DDS – Die Deutsche Schule*, 2024 (3), 239–251. <https://doi.org/10.31244/dds.2024.03.02>

Schieler, A., & Menzel, D. (2024). KITAS 2. Klasse?: Mehrfachbelastungen von KITAS mit Kindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien. <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21331.pdf>



Prof. Dr. Björn Hermstein ist seit 2024 Professor für Bildungssoziologie in der Sozialen Arbeit an der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften. Nach Stationen an den Universitäten Jena und Dortmund war Björn Hermstein selbst in der kommunalen Bildungsverwaltung tätig. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die kommunale Bildungs- und Jugendhilfepolitik, das Zusammenwirken von Schule und Familie sowie Beiträge von Schulträgern zur Schulentwicklung, z. B. im Feld der Digitalisierung.



Prof. Dr. Christian Brüggemann ist seit 2022 Professor für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe an der Hochschule für Soziale Arbeit und Pädagogik (HSAP) in Berlin und war zuvor unter anderem Stipendiat beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen in Bratislava und Kreisjugendpfleger im Landkreis Stade. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören aktuell u. a. Kitasozialarbeit, Kinderschutz an Schulen und kommunale Bildungspolitik.

RICHTIG WICHTIG:

STÄRKE Ausbildung STÄRKE Lehrkräfte

Berufsanfängerseminar 2025

26./27. SEPTEMBER 2025

Du befindest dich in den letzten Zügen deines Studiums? Du absolvierst gerade deinen Vorbereitungsdienst oder hast deine erste Stelle an einer Schule angetreten? Du arbeitest gerade auf einem VERENA-Vertrag und benötigst Hilfe im Schulalltag?

Unser Ziel ist es, dich dabei zu unterstützen, diesen oft als „Praxischock“ bezeichneten Übergang mit Ruhe anzugehen. Wir haben einige Angebote für dich zusammengestellt, die dazu beitragen sollen, deine Sicherheit und Gelassenheit im Schulalltag zu stärken.

Termin: Freitag, 26.09.2025 (14:00 Uhr) bis Samstag, 27.09.2025 (13:00 Uhr)

Ort: DJH Bochum,
Humboldtstraße 59–63, 44787 Bochum
(Die Unterbringung erfolgt in Einzelzimmern.)

Kosten: 150 Euro für Nichtmitglieder,
50 Euro für VBE-Mitglieder,
(inkl. ÜN und VP)

Anmeldung: www.vbe-nrw.de

Anmeldeschluss: 08.09.2025



DJH Bochum

Humboldtstraße 59–63, 44787 Bochum

Die Seminare:

- Digitales Lernen
- Einübung von Entwicklungszielen mit dem Sozialziele-Katalog
- Classroom-Management – Becoming a Leader
- Sketchnotes – „individualisiert“ unterrichten

Der Ablaufplan:

Freitag 26. September 2025

- | | |
|---------------|---|
| bis 14:30 Uhr | Anreise |
| 14:30 Uhr | Begrüßung |
| 15:00 Uhr | Digitales Lernen (Daniel Weber) |
| 17:00 Uhr | Einübung von Entwicklungszielen mit dem Sozialziele-Katalog (Kristina Hebing) |
| 19:00 Uhr | Abendessen |
| ab 20:00 Uhr | gemütlicher Ausklang und gemeinsamer Austausch |

Samstag 27. September 2025

- | | |
|-----------|--|
| 9:00 Uhr | Classroom-Management – Becoming a Leader (Robert Dittrich) |
| 11:00 Uhr | Sketchnotes – „individualisiert“ unterrichten (Jenny Katzmann) |
| 13:00 Uhr | Mittagsessen |



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW e.V.



BILDUNG

darf nicht von der Postleitzahl abhängen

Kommunen als zentrale Akteure im Bildungsbereich rücken zunehmend in den Fokus. Daniela Schneckenburger, Beigeordnete beim Deutschen Städtetag, spricht im Interview mit Schule heute über die Verantwortung der Städte für Bildung – weit über die Rolle des Schulträgers hinaus. Sie fordert verlässliche Rahmenbedingungen, eine echte Bildungspartnerschaft auf Augenhöhe sowie einen klaren Plan für digitale Bildung. Dabei steht für sie eines im Mittelpunkt: Bildung als Menschenrecht – unabhängig vom Wohnort, der Herkunft oder den finanziellen Möglichkeiten einer Kommune.

Schule heute: Frau Schneckenburger, wie definieren Sie die kommunale Verantwortung im Bildungsbereich – wo beginnt sie, wo endet sie aus Ihrer Sicht?

Daniela Schneckenburger: Der Staat setzt die Leitplanken der schulischen Bildung, er schafft die gesetzlichen Grundlagen und stellt die Ressourcen für die Bildung im schulischen Bereich zur Verfügung, das ist die Aufgabe der Länder. Aber: Bildung findet immer auch an einem konkreten Ort statt – in einer Familie, in einem Quartier, in einer Stadt. Kinder wachsen in konkreten Situationen auf, die durch die Städte mitgestaltet und mitverantwortet werden. An dieser Schnittstelle sehen wir uns dann in der Verantwortung für kommunale Bildungslandschaften und für ein gutes Miteinander. Wir gestalten ja in einem sehr konkreten Sinn



© Deutscher Städtetag

als Schulträger den Bildungsraum, indem wir Schulen bauen – wir tun dies aber auch in einem übertragenen Sinn, indem wir Bildungspartner in einem Netzwerk zusammenbringen.

Sh: Wie wichtig ist es für Sie persönlich – und für den Deutschen Städtetag insgesamt –, Bildung aktiv mitgestalten zu können?

Schneckenburger: Die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern haben sich verändert. Also müssen wir uns als Partner des Aufwachsens mitändern. Das haben die Städte getan. Wir verstehen uns als aktive Partner in einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft. Und das ist auch mir wichtig. Wir wissen als Städte so viel über die Quartiere, in denen Kinder leben, über ihre Lebensbedin-

gungen und ihre soziale Lage. Und wir arbeiten mit unseren Kräften an der Verbesserung der Lage von benachteiligten Kindern, z. B. mit den Möglichkeiten der Jugendhilfe und Sozialhilfe. Und wir arbeiten an der Integration vielgestaltig gewordener Stadtgesellschaften – das sind Kompetenzen, das sind Erfahrungen, die nicht verloren gehen dürfen, sondern in einem Netzwerk von Partnern Kindern zugutekommen müssen.

Sh: *Inwieweit sehen Sie Kommunen als Bildungsakteure, nicht nur als Schulträger, sondern auch als strategische Partner in der Bildungslandschaft?*

Schneckenburger: Städte sind nicht nur die Facility-Manager des Bildungssystems. Unbestritten: Das sind wir auch. Aber wir haben den Anspruch, und auch die uns zugeschriebene Aufgabe als Schulträger, die Entwicklung des kommunalen Bildungssystems zu gestalten. Das fordert schon die von uns vorzunehmende Schulentwicklungsplanung. Aber es fordert auch der Blick auf das Zusammenleben in unseren Städten und damit auf die Frage, wie wir uns für die Zukunft gut aufstellen – wie wir Chancengerechtigkeit ermöglichen, wie wir Integration befördern, wie wir gute Orte zum Leben für Kinder und Familien schaffen.

Bildung ist ein Menschenrecht, sie ist das Fundament der Demokratie. Wir sollten diesen Satz mehr denn je im Auge behalten. Und: Gut ausgebildete junge Menschen sind ein Unterpfand für die Zukunft einer Stadt. Das wissen auch die Unternehmen.

Sh: *Welche Herausforderungen begegnen Kommunen derzeit besonders häufig bei der Wahrnehmung ihrer Bildungsaufgaben (Chancengleichheit, Digitalisierung, Integration)?*

Schneckenburger: Es ist vieles, was uns herausfordert. Natürlich das Geld – wir müssen in Schulbauten investieren, aber es fehlt die Investitionskraft der kommunalen Haushalte. Es fehlt nicht an guten Konzepten, aber manchmal neben dem Geld auch an Personal, um das Gute Tat werden zu lassen.

Bei der Digitalisierung spüren wir schmerzhaft unsere Grenzen und die Schnittstellenproblematik in der staatlich-kommunalen Verant-

wortungsgemeinschaft. Es gibt, man mag es kaum glauben, kein geeintes Zielbild, keinen verabredeten Prozess in Deutschland zwischen den Bildungsebenen Ländern und Kommunen, um zu klären, was wir eigentlich brauchen für guten digitalen Unterricht. Wer legt mit uns zusammen – gemeinsam! – fest, über welche Kompetenzen Kinder auf welcher Kompetenzstufe verfügen sollen und welche technische Voraussetzung wir dafür bereitstellen sollten? Stattdessen gibt es eine Flickschusterei aus Förderprogrammen nach Kassen- und politischer Wetterlage, die hektische Umwidmung von Geldern in der Coronaphase, Länder, die mehr investieren, und Länder, die weniger investieren.



*Bildung findet immer auch
an einem konkreten Ort statt –
in einer Familie, in einem Quartier,
in einer Stadt.*



Eine Verabredung zu einem nationalen Plan, nennen wir ihn „Digitalplan 2030“, bräuchten wir aber dringend, weil wir uns eben nicht alles werden leisten können – schon allein deswegen nicht, weil die Wartung digitaler Infrastruktur neben ihrer Beschaffung ein hoher Kostenfaktor ist. So viel Realitätssinn sollte doch sein. Also wäre ein Projektplan sinnvoll: Wie viel digitale Bildung, auf welcher Stufe, mit welchem staatlich finanzierten Angebot – und ggf. welchem Elternanteil ist wann sinnvoll und machbar? Wollen wir ein Roll-out digitaler Infrastruktur mit einem Zeit- und Stufenplan hinterlegen? Wo stehen wir als Bildungsstandort Deutschland da eigentlich im globalen Wettbewerb? Sind wir vorbereitet und bereiten wir vor auf die Durchdringung der Gesellschaft und ihrer Arbeitsorganisation mit KI?

Und daraus wird am Ende natürlich auch eine Frage von Chancengerechtigkeit: Es darf doch keine Bildungsorte und keine Bildungschancen nach Kassenlage geben. Das können wir uns

einfach nicht leisten. Und wo Sie das Stichwort der Integration aufrufen: Chancengerechtigkeit ist nicht nur ein Thema innerhalb der Stadtgrenzen. Die Bildungschancen eines Kindes dürfen nicht von der Postleitzahl abhängen – nicht von der Frage, ob das Kind in einer finanzstarken oder finanzschwachen Kommune aufwächst, und auch nicht davon, ob es sich um eine Stadt mit einem hohen oder niedrigeren Zuwanderungsanteil handelt. Ich bin froh: Mit dem Startchancen-Programm hat der Bund hier den richtigen Weg gewiesen. Das war ein notwendiger Schritt, das war ein guter Schritt auf dem Weg zu einer bildungsgerechten Gesellschaft.

Zeugnis ablegen, genauso wie der Erhaltungs- und Ausbauzustand der Sportstätten oder anderer öffentlicher Angebote im Bildungs- und Kulturbereich: Bibliotheken, Musikschulen, außerunterrichtliche Bildungsorte, die Ausstattung des Ganztages, der Angebote der offenen Jugendarbeit, der Spielflächen im öffentlichen Raum. Wollen wir das? Wenn nicht: Dann muss sich die Finanzausstattung der Städte wesentlich ändern.

Sh: Wie stellen Sie sich eine zukunftsfähige Bildungslandschaft vor, in der kommunale Mitgestaltung gestärkt wird – und welche Rolle spielt dabei die Zusammenarbeit mit pädagogischen Fachkräften?

Schneckenburger: Mein Wunsch wäre: Wir wissen mehr über das Lebensumfeld der Kinder, über ihre soziale Lage, über ihre Belastungen – und wir finden eine gemeinsame Sprache zwischen den pädagogischen Fachkräften, um dieses Wissen so zu tauschen, damit es zum Wohle der Kinder zur Verfügung steht. Und damit pädagogische Fachkräfte einander auch beraten können. Und ein weiterer Wunsch wäre es, dass es uns besser gelingt, Kinder entlang ihrer Bildungsbiografie zu begleiten, früher einzugreifen, gezielter zu fördern, schneller zu erkennen, wo die Probleme liegen. Und dazu müsste auch gehören, dass wir die frühkindliche Bildung stärken. Jeder früh investierte Euro wirkt viel mehr als ein spät investierter, das wissen wir doch aus der Bildungsforschung. Es ist darum ein ermutigendes Signal, dass frühkindliche und schulische Bildung auf Bundesebene nun in einem Haus zusammengeführt sind. Auf Länderebene ist da der Weg oft noch weit.

Sh: Vielen Dank für das Gespräch!

Daniela Schneckenburger ist seit 2022 Beigeordnete für Bildung, Integration, Kultur, Sport und Gleichstellung beim Deutschen Städtetag/Städtetag NRW.

„Städte sind nicht nur die Facility-Manager des Bildungssystems. Wir haben den Anspruch, und auch die uns zugeschriebene Aufgabe als Schulträger, die Entwicklung des kommunalen Bildungssystems zu gestalten.“

Sh: Was brauchen Städte und Gemeinden, um ihre Verantwortung für Bildung besser wahrnehmen zu können – politisch, strukturell und/oder finanziell?

Schneckenburger: Sie brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, eine Dialogkultur auf Augenhöhe unter den Bildungspartnern, eine Regelfinanzierung für Regelaufgaben und eine finanziell gut ausgestattete und leicht administrierbare Förderarchitektur für Exploratives und Systeminnovation. Und wo wir schon beim Thema Geld sind: Die Städte haben ja bis auf die Gewerbesteuer keine eigenen Steuerquellen, sie werden durch die Länder finanziert. Wenn das Infrastrukturdefizit in den Kommunen, wie gerade vom KfW-Panel wieder erhoben, auf fast 220 Mrd. Euro steigt, dann kann man doch sicher sein, dass die Schulen davon



© Ani_Ka/istockphoto.com

Kommunale Verwaltung – auch eine Frage der Haltung

Kommunale Bildungslandschaften leben vom Zusammenspiel vieler Akteure – und mit-tendrin steht die Verwaltung. Ruth Meyering ist verwaltungsfachliche Leiterin des Schulamts für die StädteRegion Aachen. Im Interview spricht sie über ihre Sicht auf kommunale Bildungsverantwortung, über Netzwerke, die tragen, über kreative Wege im Umgang mit dem Lehrkräftemangel – und darüber, warum Verwaltung längst mehr ist als nur „Verwaltung“.



© StädteRegion Aachen

Schule heute: Frau Meyering, was bedeutet für Sie kommunale Bildungsverantwortung – insbesondere aus Sicht des Schulamts für die StädteRegion Aachen? Wie prägt sie die Arbeit vor Ort?

Ruth Meyering: Kommunale Bildungsverantwortung bedeutet für mich vor allem, die Vielzahl an Bildungsakteuren mit ihren unterschiedlichen Zuständigkeiten, Interessen und Perspektiven miteinander in den Dialog zu bringen. Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe: angefangen beim Ministerium über die Schulträger bis hin zu den Eltern. Vor Ort tragen wir Mitverantwortung für den Bildungsweg der

Kinder, die hier leben und aufwachsen. Aus Sicht des Schulamts heißt das konkret, Transparenz zu schaffen: über Zuständigkeiten, über Handlungsspielräume, aber auch über Grenzen. Nur so können wir Ressourcen gemeinsam so steuern, dass insbesondere Kinder aus weniger privilegierten Familien bessere Bildungschancen erhalten. In der täglichen Arbeit bedeutet das für mich, offen, kritisch und konstruktiv mit allen Beteiligten zusammenzuarbeiten – von den Schulen über Jugendämter bis hin zu Verbänden wie dem VBE.

Sh: Die Gestaltung von Bildungslandschaften setzt auf Vernetzung und Kooperation. Wie gelingt es Ihnen aus Verwaltungssicht, unterschiedliche Akteure dauerhaft zu koordinieren und gemeinsame Ziele zu verfolgen?

Meyering: Ein entscheidender Partner für uns ist das Bildungsbüro der StädteRegion Aachen. Es organisiert unter anderem regelmäßig Bildungskonferenzen und Bildungstage und pflegt ein starkes Netzwerk, das den strukturierten Dialog ermöglicht.

Wir als Schulamts sind aktiver Teil dieses Netzwerks und profitieren sehr von dieser starken Infrastruktur. Dadurch können wir eigene Projekte wirksam anstoßen und umsetzen, weil zentrale Akteure eingebunden sind. Die Verantwortung für die Koordination liegt dabei nicht allein bei uns – und genau das ist auch ein Erfolgsfaktor.



*Für mich war das Schulamt
nie nur Verwaltung. Wir haben schon immer
Gestaltungsspielräume genutzt. Vielleicht
ist das auch eine Frage der Haltung.*



Sh: Welche Herausforderungen sehen Sie bei der kommunalen Koordination von Bildung, gerade wenn viele Akteure beteiligt sind?

Meyering: Die größte Herausforderung ist aus meiner Sicht eindeutig der Faktor Zeit. Bildung ist ein dynamisches Feld – Gesetze ändern sich, Zuständigkeiten verschieben sich und die handelnden Personen wechseln häufig. Das bedeutet ständiges Nachjustieren, Abstimmen, Kalibrieren.

Gerade nach der Pandemie mussten wir uns kommunikativ und strukturell neu sortieren. Heute steht uns durch steigenden Druck oft weniger Zeit für Austausch zur Verfügung – und doch ist genau dieser Dialog entscheidend. Denn nur im gemeinsamen Gespräch erkennen wir, wo die aktuellen Herausforderungen liegen – und wie wir sie gemeinsam angehen können.

Sh: Der Personalmangel im Bildungsbereich ist ein zentrales Thema. Wie begegnet die StädteRegion Aachen diesem strukturellen Problem? Gibt es vor diesem Hintergrund konkrete Maßnahmen, die Sie anbieten?

Meyering: Der Lehrkräftemangel an Grundschulen beschäftigt uns nun seit sieben Jahren sehr intensiv. Unsere Aufgabe sehen wir darin,

Transparenz über die personelle Lage im gesamten Schulamtsbezirk zu schaffen und unsere begrenzten Ressourcen so gerecht wie möglich zu verteilen – auch wenn das zunehmend schwierig wird.

Ein konkretes Projekt ist die „Werkstatt für Lehrkräfte ohne Grundschullehramt“. Sie richtet sich an Lehrkräfte, die fachfremd eingestellt sind – oft mit befristeten Verträgen und ohne Zugang zu Fortbildungsangeboten des Landes. Mit Unterstützung eines Fördervereins bieten wir diesen Kolleginnen und Kollegen praxisnahe Workshops zu Themen wie kindliche Entwicklung, Unterrichtsgestaltung in Kernfächern und Classroom Management an. Außerdem ist es uns als StädteRegion gemeinsam mit der Stadt Aachen und der RWTH Aachen einen neuen Studiengang fürs Grundschullehramt an den Start zu bringen. Auch das zeigt: Kommunale Verantwortung kann konkret etwas bewegen – selbst auf Landesebene.

Sh: Inwiefern verändert sich die Rolle des Schulamts durch die zunehmende Verantwortung im Bildungsbereich – weg von einer klassischen Verwaltungsstelle hin zu einem aktiven Mitgestalter von Bildungsprozessen?

Meyering: Diese Frage finde ich spannend – und würde sagen: Für mich war das Schulamt nie nur Verwaltung. Wir haben schon immer Gestaltungsspielräume genutzt. Vielleicht ist das auch eine Frage der Haltung – und der Kapazitäten.

Tatsächlich sind die Anforderungen in den letzten Jahren stark gestiegen: mehr tariflich Beschäftigte, mehr Quereinsteigende, mehr Komplexität in der Personalverwaltung, eine hohe Heterogenität in den Klassen. Gleichzeitig steigen die Erwartungen der Eltern, was sich in zunehmenden Beschwerden und auch Gerichtsverfahren niederschlägt.

Das alles führt dazu, dass wir als Verwaltung nicht mehr nur reagieren, sondern vorausschauend agieren müssen – etwa indem wir Schulen frühzeitig über rechtliche Rahmenbedingungen bei Schüleraufnahmen informieren und aktiv beraten. Verwaltung wird so zur proaktiven Unterstützungsinstanz – das ist herausfordernd, aber auch eine große Chance.



*Auch wenn wir
unterschiedliche Rollen haben,
verfolgen wir ein
gemeinsames Ziel:
gute Bildung für alle Kinder.*



tungen und Verbänden bereits viel konstruktiven Austausch. Aber wichtig ist, dass Informationen, die bei der Schulleitung ankommen, auch in die Kollegien hineingetragen werden. Nur dann ist sichergestellt, dass Verwaltung und pädagogische Praxis auf einer gemeinsamen Informationsbasis agieren.

Außerdem ist mir wichtig, dass wir nicht als „klassische Verwaltung“ oder gar als Gegner wahrgenommen werden, sondern als Partner. Auch wenn wir unterschiedliche Rollen haben, verfolgen wir ein gemeinsames Ziel: gute Bildung für alle Kinder.

Sh: Welche Impulse würden Sie sich von der pädagogischen Praxis wünschen – etwa von Schulleitungen und Lehrkräften –, damit die kommunale Steuerung im Bildungsbereich noch wirkungsvoller werden kann?

Meyering: Ich wünsche mir vor allem eines: Vertrauen in die Zusammenarbeit. Ich erlebe in der täglichen Arbeit mit Schulen, Schullei-

Sh: Vielen Dank für das Gespräch!

Ruth Meyering ist verwaltungsfachliche Leiterin des Schulamtes für die StädteRegion Aachen.

<https://www.staedtereion-aachen.de>

Anzeige



GRÄFLICHE KLINIKEN

BURN-OUT
DEPRESSIONEN
ANGSTERKRANKUNGEN
CHRONISCHE SCHMERZEN
TRAUMABEWÄLTIGUNG
MOBBING-FOLGEN
POST-CORONA

RUHE FINDEN IN DER REHA

Die Park Klinik ist spezialisiert auf Psychosomatik, Psychotherapie und Psychiatrie. Eingebettet in eine weitläufige Parklandschaft bietet die Klinik optimale Bedingungen, um während einer Rehabilitationsmaßnahme zur Ruhe zu kommen und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Individuelle Therapien, medizinische Kompetenz und Menschlichkeit zeichnen uns aus.

Mit speziell zugeschnittenen Konzepten helfen wir Patienten, die unter den Folgen der Coronazeit leiden. In einer eigenen Abteilung behandeln wir Posttraumatische Belastungsstörungen und bieten Unterstützung, um den Alltag gestärkt meistern zu können.



ORTHOPÄDIE



GASTROENTEROLOGIE



KARDIOLOGIE



NEUROLOGIE



PSYCHOSOMATIK

Wunsch- und Wahlrecht

Nutzen Sie die Möglichkeit, selbst zu entscheiden und wählen Sie Ihre Wunschklinik.



DIE QUELLE DER REHAKOMPETENZ

Gräflische Kliniken Bad Driburg • Standort Park Klinik • Hermannsborn 1, 33014 Bad Driburg
zentrale@graefliche-kliniken.de • +49 5253 40-7000 • WWW.GRAEFLICHE-KLINIKEN.DE



© tarra79/istockphoto.com

Ohne verlässliche Schulträger keine gute Schule –

oder warum § 79 SchulG NRW ernst genommen werden muss

Gute Schule braucht mehr als engagierte Lehrkräfte und pädagogische Konzepte. Sie braucht Räume, in denen Lernen gelingt – sichere, funktionale und modern ausgestattete Schulgebäude mit zeitgemäßer Infrastruktur. Dass dies Aufgabe der Schulträger ist, legt § 79 SchulG kurz, aber eindeutig fest: „Die Schulträger sind verpflichtet, die für einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb notwendigen Schulanlagen und Schulgebäude bereitzustellen, zu unterhalten und auszustatten.“

Der Gesetzgeber hat hier bewusst keine Ermessensregelung, sondern eine verpflichtende Normierung gewählt, um den klaren unabdingbaren Auftrag an den Schulträger zu formulieren.

**Die Bedeutung
der Schulträger –
oft unterschätzt,
aber entscheidend**

Schulträger haben die Verantwortung für alle „äußeren Schulangelegenheiten“: Gebäudeunterhaltung, Ausstattung, digitale Infrastruktur, Mobiliar, technische Geräte und mehr. Doch während manche Kommunen diese Aufgabe mit Weitblick und Engagement erfüllen, kämpfen andere mit Sparzwängen, Prioritätenkonflikten oder fehlender Zuständigkeit. Diese Unterschiede widersprechen dem Grundsatz der Bildungsgerechtigkeit.

Bildung braucht funktionierende Infrastruktur

Selbst die juristische Abteilung des VBE NRW hat regelmäßig mit solchen eher finanziellen Fragestellungen zu tun: Schulleitungen berichten von baulichen Mängeln, fehlender Wartung und schleppender IT-Betreuung. Lehrkräfte improvisieren, weil Technik nicht funktioniert, Ausstattung fehlt oder Lernräume überfüllt sind. Dabei wäre es ein deutliches Zeichen der Wertschätzung, wenn Schulen als Arbeitsorte ernst genommen und entsprechend ausgestattet würden.

Verantwortung wahrnehmen – nicht weiterreichen

Das Schulgesetz ist eindeutig: Schulträger sind verpflichtet, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen gute Bildungsarbeit möglich ist. Doch zu oft erleben Schulen ein Verschieben von Zuständigkeiten zwischen Land und Kommune. Allein das Schulkonto steht hier für eine Tradition an Zuständigkeitsverschiebungen und teilweise haarsträubenden Praktiken, die nicht selten zulasten der Lehrkräfte gehen.

Das Land NRW ist gefordert, die Schulträger nicht nur in die Pflicht zu nehmen, sondern sie auch strukturell und finanziell in die Lage zu versetzen, dieser Pflicht gerecht zu werden.

Fazit: § 79 SchulG muss gelebte Realität sein

Wer über Qualität in der Bildung spricht, muss auch über Gebäude, Ausstattung und digitale Infrastruktur sprechen. Gute Schule funktioniert nur, wenn der rechtlich verankerte Auftrag des Schulträgers auch im Alltag sichtbar wird. Pädagogische Exzellenz braucht funktionierende Rahmenbedingungen – und das heißt: Verantwortung darf nicht nur auf dem Papier stehen. Sie muss im Schulalltag spürbar sein. Für eine gute Bildung muss immer Geld vorhanden sein.

*Ihr RA Martin Kieslinger,
ltd. Justiziar VBE NRW*

Alle Fragen rund um das Thema Schulrecht beantworten Ihnen auch unsere Expertinnen und Experten aus der VBE-Rechtsabteilung.

Die VBE-Rechtsabteilung



*RA
Martin Kieslinger,
ltd. Justiziar
VBE NRW*



*Joachim
Klüpfel-Wilk,
Justiziar
VBE NRW*



*RAin
Hannah Zimmer,
Justiziarin
VBE NRW*



*Nicole Cherubin,
Rechtsanwalts- und
Notarfachangestellte in
der Rechtsabteilung*

VBE-Mitglieder können unsere erfahrenen Verwaltungs- und Tarifrechtler/-innen von Montag bis Donnerstag von 9:00 Uhr bis 16:30 Uhr und Freitag von 9:00 Uhr bis 14:30 Uhr unter der Telefonnummer 0231 44990040 erreichen.

Sie möchten Ihr Ruhegehalt wegen Pensionierung, Schwerbehinderung oder Dienstunfähigkeit berechnen lassen? Diesen Service bietet der VBE seinen Mitgliedern kostenlos an.

Kontakt: Andrea Schubert, a.schubert@vbe-nrw.de, 0231 449900 15

Zwischen Anspruch und Alltag –

Kommunale Verantwortung aus Schulleitungssicht

Eine Schule, zwei Bildungsgänge – an der Albert-Schweitzer-Schule in Krefeld treffen unterschiedliche Biografien, Bildungsansprüche und Lebensrealitäten aufeinander. Für Schulleiterin **Christina Eckhard** bedeutet das: ein vielschichtiger Schulalltag, der vor allem von Herausforderungen geprägt ist – mit begrenzten Gestaltungsspielräumen, die sich vor allem dann eröffnen, wenn die Kommune als aktiver Bildungspartner an ihrer Seite steht. Wir haben mit ihr gesprochen – über Ressourcen, Stolpersteine, digitale Baustellen und die Bedeutung funktionierender Netzwerke.



Schule heute: Frau Eckhard, an Ihrer Schule werden zwei Bildungsgänge (Realschule mit Hauptschulbildungsgang) unter einem Dach vereint. Welche besonderen Herausforderungen bringt das für Ihre tägliche Arbeit mit sich – und wo erleben Sie konkret kommunale Unterstützung oder eben deren Grenzen?

Christina Eckhard: Der Hauptschulbildungsgang an Realschulen ist im Moment so gedacht, dass wir die Schülerinnen und Schüler, die nach Ende der Erprobungsstufe die Realschule verlassen müssten, weiter an unserer Schule betreuen – sie wechseln nicht mehr die Schule, sondern den Bildungsgang.

Sozial hat das den großen Vorteil, dass die Kinder nicht die Schule verlassen müssen und in der Regel in ihrem vertrauten Klassenverband verbleiben können.

Eine große Herausforderung ist die Umsetzung von G- und E-Kursen für die Hauptschüler/-innen in den Hauptfächern. Dies ist aufgrund der erforderlichen Blockungen durch die Neigungsdifferenzierung und Religion oft nicht umsetzbar. So muss die Heterogenität der Lerngruppen oft durch innere Differenzierung aufgefangen werden.

Diese Heterogenität der Schülerschaft gibt es ja auch an anderen Schulformen, wie den Sekundar- und Gesamtschulen. Grundsätzlich problematisch ist aber die Idee des Schulge-

setzes, Realschulen um einen Hauptschulbildungsgang zu ergänzen, ohne die Rahmenbedingungen anzupassen. Die Klassengrößen, Schüler-Lehrer-Relation und die Unterrichtsverpflichtung (Wochenstunden) der Lehrkräfte sind die schlechtesten der Schulformen der Sek. I. Dies wird durch die Ausweitung des Hauptschulbildungsgangs im 17. SchrÄG auf die Jahrgänge 5 und 6 – wieder ohne Anpassung der Rahmenbedingungen, also „kostenneutral“ – nochmal verschärft. Die intensive Betreuung, die z. B. an den Hauptschulen für die Kinder möglich ist, kann von den Realschulen mit Hauptschulbildungsgang nicht abgebildet werden.

Die Kommune unterstützt uns, indem sie die zwingend notwendige Voraussetzung für den Arbeitslehre-Technikunterricht, der im Hauptschulbildungsgang vorgeschrieben ist, geschaffen hat, indem ein zweiter Technikraum eingerichtet wurde. Außerdem wird der Austausch der Schulen untereinander gefördert. Allerdings ist die Tatsache, dass die Kommune beschließt, den Hauptschulbildungsgang an Realschulen einzuführen, obwohl die Bedingungen schlechter sind als an anderen Schulen, für die Kinder oft nicht die beste Entscheidung.

Sh: Viele Schülerinnen und Schüler bringen unterschiedliche Lernvoraussetzungen mit. Wie gelingt es Ihnen – auch mit Blick auf kommunale Strukturen –, Chancengleichheit herzustellen oder zumindest zu stärken? Gibt es konkrete Projekte oder Unterstützungsangebote, die Sie als hilfreich empfinden?

Eckhard: Chancengleichheit ist ein Ideal, dass im deutschen Schulsystem ja grundsätzlich kaum erreicht wird. Diese Tatsache wird auch durch den Hauptschulbildungsgang an Real-

schulen nicht behoben. Die Lehrkräfte müssen nach den Richtlinien der Realschule UND der Hauptschule unterrichten – oft innerhalb einer Lerngruppe und ohne Anpassung der Rahmenbedingungen. Wir bemühen uns, dies z. B. durch zusätzliche Förder-Gruppen aufzufangen, dies ist aber aufgrund des Lehrermangels nicht durchgehend möglich.

Von Seiten des Landes und der Kommune gibt zum Beispiel Unterstützungsangebote im Bereich der Berufsvorbereitung. Dieser Bereich ist für die Schüler/-innen im Hauptschulbildungsgang besonders wichtig, da sie ihrem Bildungsweg häufig besondere Unterstützung brauchen. Dies sind z. B. besondere Veranstaltungen für Schüler/-innen, die noch keine Anschlussperspektive haben. Die Hauptschulen hatten allerdings sehr viel wirksamere Möglichkeiten, die Schüler/-innen beim Übergang in den Beruf zu begleiten. Wir bemühen uns, dies ebenfalls zu tun, indem wir bewährte Maßnahmen aus der Hauptschul-Tradition, wie z. B. das Langzeitpraktikum, umsetzen.

Auch die Schulaufsicht auf Landesebene unterstützt uns: wir bekommen z. B. regelmäßig Stellenzuweisungen. Allerdings sind Realschulen mit Hauptschulbildungsgang oft kein attraktiver Arbeitsplatz für junge Lehrkräfte, so dass diese Stellen oft nicht besetzt werden können.

Sh: Wenn es um Netzwerkarbeit geht: Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteuren wie Jugendhilfe, Schulträger oder freien Trägern in Ihrem Alltag? Gibt es ein Beispiel, das Ihnen besonders im Gedächtnis geblieben ist – positiv oder auch herausfordernd? Wo würden Sie sich noch gezieltere Unterstützung durch kommunale Strukturen wünschen?

Eckhard: Langsam setzt sich auch in den Strukturen der Jugendhilfe und der freien Träger die Erkenntnis durch, dass besondere Angebote für schwächere Schülerinnen und Schüler notwendig sind. Wir haben verschiedene Kooperationen im Bereich der Persönlichkeitsentwicklung und des Sozialtrainings, von denen unsere Schüler:innen profitieren. Leider wird die bewährte Struktur der Berufseinstiegsbegleitung ab dem kommenden Schuljahr wegfallen. Dies ist besonders für die Zielgruppe der Hauptschüler/-innen ein großer Verlust.

Sh: Digitalisierung ist ein großes Thema – aber wie steht es um die digitale Infrastruktur an Ihrer Schule? Inwiefern hilft die Kommune bei der Umsetzung oder hakt es noch an bestimmten Stellen?

Eckhard: Unser Schulträger kooperiert in diesem Bereich mit dem kommunalen Rechenzentrum. Je nach Lage der Schule, ist der Ausbau des Glasfaser-Netzes noch nicht überall abgeschlossen. Die Infrastruktur ist in den Schulen grundsätzlich vorhanden und nach und nach werden alle Standorte an schnelles Internet angebunden. Die Ausstattung mit Endgeräten erfolgt zurzeit ausschließlich über den Digitalpakt. Einige Kommunen statten zusätzlich alle Schüler/-innen mit Endgeräten aus, dies ist aber sehr von der finanziellen Situation der Kommune abhängig.

Sh: Wenn Sie einen Wunsch äußern könnten: Welche konkreten Bedingungen müssten sich verändern, damit Ihre Schule – gemeinsam mit der Kommune – Kinder und Jugendliche noch besser auf ihrem Bildungsweg begleiten kann?

Eckhard: Veränderungen sind meines Erachtens vor allem bei den Rahmenbedingungen notwendig, dabei geht es um politische Entscheidungen auf Landesebene. Die Realschulen mit Hauptschulbildungsgang müssen angepasst werden in Bezug auf Schüler-Lehrer-Relation, Lehrer-Wochenstunden und die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte. Dann könnten die Kinder eher ihren Bedürfnissen entsprechend betreut werden. Die Kommunen – insbesondere Großstädte mit vielfältigen sozialen Problemen – müssen sich dieser Schwierigkeiten bewusst sein, wenn sie sich zur Einführung von Realschulen mit Hauptschulbildungsgang entschließen.

Meine Hoffnung ist, dass die Politik, die Schulaufsichten und die Kommunen gemeinsam an einem Strang ziehen, um Kinder aus schwierigen sozialen Lagen zu unterstützen. Die Kinder haben es verdient, dass sie gefördert werden und die Gesellschaft kann es sich nicht leisten, sie zu übersehen. Das Startchancen-Programm, in dem auch mehrere Realschulen mit Hauptschulbildungsgang sind, ist ein Schritt in diese Richtung.

Sh: Vielen Dank für das Gespräch!

Von stiller Delegation und lauter Stimme

© www.kirschkuermann.de

Manchmal habe ich das Gefühl, Schulträger funktionieren wie kommunalpolitische Wetterfrösche: Kaum beginnt der Kommunalwahlkampf, klettern sie hastig die Bildungsleiter hoch – und kaum ist die Wahl vorbei, rutschen sie wieder zurück in den haushaltspolitischen Tiefschlaf. „Bildung ist unsere wichtigste Ressource!“, heißt es zu Wahlkampfzeiten immer wieder gern – bevor anschließend die Verantwortung großzügig an engagierte Kollegien, Eltern und Fördervereine weitergereicht wird. Delegation durch Stille, nenne ich das. Und sie ist weitverbreitet.

Dabei ist Bildung so viel mehr als Standortdebatten, Einzugs Grenzen und Schulformen. Gute lokale Bildungspolitik sorgt nicht nur für den Fachkräftenachwuchs der Wirtschaft, des Handels und des Handwerks vor Ort, sie ist auch ein zen-

traler Baustein für nachhaltige Stadtentwicklung und sozialen Zusammenhalt. Schulen sind keine Zweckbauten, sie sind Lebensräume – unsere Kinder verbringen dort einen Großteil ihrer Kindheit und Jugend. Dass deren Zustand und ihre Zukunft gelegentlich davon abzuhängen scheinen, welche Schule ein Ratsmitglied selbst besucht hat oder wo gerade das eigene Kind eingeschult wurde, lässt mich manchmal ernsthaft verzweifeln.

Ein Beispiel dafür habe ich über Jahre hinweg miterlebt über eine befreundete Familie. An der Schule, die ihre Kinder besucht haben, wird jetzt, endlich, der Bau einer Vierfachturnhalle realisiert. Das Projekt stand bereits auf der politischen Agenda, als die älteste Tochter eingeschult wurde. Während der gesamten Schulzeit der mittleren Tochter gab es immer wieder Anläufe – Pläne, Pressemitteilungen, symbolische Spatenstiche in Gedanken. Wirklich gebaut wurde aber nichts. Erst in dem Jahr, in dem ihr jüngstes Kind die Schule verließ, rückten

die Bagger an. Ein Zeitraum von weit über zehn Jahren. In der Zwischenzeit entstanden in der Stadt zwei Parkhäuser, ein Rathausumbau wurde nahezu abgeschlossen, mehrere Kreisverkehre wurden angelegt und kunstvoll bepflanzt, ebenso feierte man die Eröffnung einer modernen Veranstaltungshalle. Schulen hingegen wurden geschlossen oder zusammengelegt. Erkenne die Prioritäten ...

Was mich besonders umtreibt: In Zeiten des Klimawandels und drückender Sommerhitze wird das Thema Schulbau nicht nur baulich, sondern auch pädagogisch immer relevanter. Gute Bildung braucht gute Räume. Wir brauchen Schulen mit frischer Luft, mit natürlichem Licht, mit durchdachter Architektur – nicht nur aus Nachhaltigkeitsgründen, sondern weil eine angenehme Atmosphäre das Lernen unmittelbar fördert. Regenerativer Schulbau ist keine Spielerei, kein „Nice-to-have“ – wie es immer so schön heißt, sondern ein wichtiger Bildungsfaktor. Und sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Natürlich ist Schulpolitik keine rein kommunale Angelegenheit. Die Verantwortung für Bildung wird in Deutschland zwischen Bund, Land und Kommune aufgeteilt – zumindest theoretisch. In der Praxis heißt das oft: Zuständigkeiten werden hin- und hergeschoben, als wären sie heiße Kartoffeln, an denen man sich die Finger verbrennt. Der Bund gibt Fördermittel, das Land stellt Lehrpläne und Lehrkräfte, die Kommune sorgt für Gebäude und Ausstattung – so weit der Plan. Doch wenn an allen drei Ebenen der Wille fehlt, wenn der Fördertopf leer ist, der Verwaltung das

Personal fehlt und der Gemeinderat uneinig ist, weil jede und jeder nur sein Quartier im Kopf hat, bleibt am Ende nichts als bröckelnder Putz. Bildung braucht eine funktionierende Verantwortungsgemeinschaft – nicht als Ausrede füreinander, sondern als Zusammenarbeit miteinander.

Und ja, es gibt sie: Kommunen, die Bildung als das begreifen, was sie ist – das Fundament für alles Weitere. Die investieren, vorausschauend planen, Schulen als Orte des Lebens und Lernens verstehen. Ich ziehe den Hut vor diesen Schulträgern.

Aber ich wünsche mir mehr davon.

Am 14. September finden die Kommunalwahlen in NRW statt. Wer eine gute Bildungslandschaft will, muss auch lokal Verantwortung übernehmen. Schulentwicklung beginnt nicht im Ministerium, sondern im Stadtrat, im Bauausschuss, vor Ort. Wir alle können mitentscheiden. Deswegen sollten wir alle, statt still zu delegieren, unsere Stimme im übertragenen Sinne laut und deutlich nutzen – für starke Schulen vor Ort, unsere Kinder und unsere gemeinsame Zukunft.

Mit besten Grüßen,

Ihr
Stefan Behlau,
Vorsitzender VBE NRW



Bundesweites Forum für Schulträger

27. + 28. November 2025 | Congress Center Düsseldorf

Infos und Tickets unter: www.deutscher-schultraegerkongress.de

Mitgliedspreis:

Teilnahme am 27. + 28.11. | 329 € zzgl. MwSt. statt ~~399 €~~ (Frühbucherpreis inkl. Mitgliederrabatt bis zum 31.07.2025)

Teilnahme am 27.11. | 239 € zzgl. MwSt. statt ~~299 €~~ (Frühbucherpreis inkl. Mitgliederrabatt bis zum 31.07.2025)



Mitgliedspreis
sichern mit dem
Aktionscode:

DSTK25VBE



Neue forsa-Umfrage zur Inklusion – Lehrkräfte sehen klare Defizite

Ein Beitrag von Alexander Spelsberg

A

m 2. Juni 2025 hat der Verband Bildung und Erziehung NRW (VBE NRW) die Ergebnisse einer neuen forsa-Umfrage zur schulischen Inklusion vorgestellt. Die Erhebung, an der sich 518 Lehrkräfte aus NRW beteiligten, zeigt: Die Zustimmung zum gemeinsamen Lernen wächst – ebenso jedoch der Frust über mangelhafte Rahmenbedingungen. Mit der Veröffentlichung gelang es dem VBE NRW, das Thema deutlich in die Öffentlichkeit zu rücken, begleitet von einem breiten Medienecho (siehe Pressepiegel Seite 25). Ein Beitrag von Alexander Spelsberg für die Schule heute.

Die deutliche Mehrheit der Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen befürwortet grundsätzlich schulische Inklusion.

„Die Haltung der Lehrkräfte ist klar. Landesregierung und Schulträger sind gefordert, die Bedingungen für eine gelingende schulische Inklusion zu schaffen – und das seit Jahren“,

sagt hierzu Anne Deimel, Landesvorsitzende des VBE NRW.



**Inklusion gewollt –
aber schwer umsetzbar**

„Während die Zustimmung zur Inklusion wächst, wächst der Frust über unzureichende Bedingungen ebenso“, ergänzt Deimel.

64 Prozent der Lehrkräfte in NRW halten die gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung grundsätzlich für sinnvoll – ein Höchstwert im Vergleich zu den Vorjahren (2020: 57 %) und über dem Bundesdurchschnitt (62 %). Doch nur 18 Prozent halten diese gemeinsame Unterrichtung unter den aktuellen Bedingungen auch praktisch für sinnvoll.



Die Landesvorsitzende erläutert: „Die Lehrkräfte stehen hinter dem Gedanken der Inklusion – aber sie stehen im Alltag ohne die nötige Unterstützung da. Seit über 10 Jahren steht inklusives Lernen auf dem Stundenplan in NRW und dennoch sind wir von den Gelingensbedingungen weit entfernt. Die Rahmenbedingungen werden an vielen Standorten den Kindern und Jugendlichen, den Eltern und den Kolleginnen und Kollegen nicht gerecht. Wer Inklusion ernst nimmt, muss den Schulen endlich geben, was sie brauchen: ausreichend sonderpädagogische Expertise, kleinere Lerngruppen, Räume, Qualifizierung und Zeit.“

Starke Argumente für Inklusion

Die Umfrage zeigt, dass für Lehrkräfte in NRW vor allem soziale Aspekte für eine gemeinsame Unterrichtung von allen Kindern sprechen, beispielsweise:

- Recht auf Gleichbehandlung
- soziales Lernen
- Abbau von Berührungsängsten und Vorurteilen
- Förderung von Toleranz
- bessere Chancen und Förderung von Kindern mit Behinderungen

Dazu Anne Deimel: „Lehrkräfte sehen in den Schülerinnen und Schülern ihnen anvertraute einzelne Persönlichkeiten. Der Mensch steht im Vordergrund. Durch die Mangelsituationen an vielen Schulen fehlt leider oft Zeit für das soziale Miteinander – unabdingbar für das Erreichen von sozialen Lernzielen.“

Massive Hürden im Schulalltag

Die Umfrage zeigt auch auf, welche Hürden Lehrkräfte in NRW benennen, die einen gelingenden inklusiven Schulalltag behindern. Dies sind beispielsweise:

- fehlendes (Fach-)Personal
- ungenügende materielle Ausstattung
- mangelnde Ausbildung bzw. Schulung der Lehrkräfte für Inklusion
- Größe der Klassen

Alarmierend ist, dass jede fünfte Lehrkraft angibt, dass die Regelschule den erhöhten Förderbedarf von Kindern mit Behinderungen nicht leisten kann.

„Wir können nur so viel leisten, wie viele wir sind. Inklusion braucht Personal“, macht die Landesvorsitzende deutlich.

Zu wenig Unterstützung, zu große Klassen

Lehrkräfte in NRW wissen, welche Unterstützung dringend nötig ist, damit sie allen Schülerinnen und Schülern gerecht werden können. 97 Prozent von ihnen fordern eine Doppelbesetzung aus Lehrkraft und sonderpädagogischer Lehrkraft in inklusiven Klassen. Die Realität an den Schulen ist eine andere. Nur 2 Prozent der Lehrkräfte geben an, dass es an ihrer Schule in inklusiven Klassen immer eine Doppelbesetzung gibt, 69 Prozent der Kolleginnen und Kollegen unterrichten immerhin zeitweise in einer Doppelbesetzung, fast jede dritte Lehrkraft (27 Prozent) ist durchweg alleine in ihrer Klasse.



Deimel kritisiert: „Zu viele Kolleginnen und Kollegen, gerade bei uns in NRW, fühlen sich mit der wichtigen Aufgabe der Inklusion allein gelassen.“

Die Umfrage zeigt, dass im Bund durchschnittlich 19,4 Schülerinnen und Schüler in einer inklusiven Klasse unterrichtet werden, in der im Durchschnitt 4,0 Kinder einen sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf haben. In NRW sind es jedoch 4,5 Kinder in Klassen mit durchschnittlich 21 Schülerinnen und Schülern.

Fast jede zweite Schule nicht barrierefrei

46 Prozent der Befragten geben an, dass ihre Schule überhaupt nicht barrierefrei ist.

Dazu Deimel: „Kinder und Beschäftigte dürfen nicht Leidtragende der schwierigen finanziellen Haushaltslagen sein. Inklusives Lernen braucht Barrierefreiheit, aber auch zusätzliche Räumlichkeiten wie Differenzierungsräume und Lernbüros.“

Große Mehrheit unzufrieden mit Inklusionspolitik

Über 4 von 5 der befragten Lehrkräfte in NRW zeigen sich unzufrieden mit der Inklusionspolitik der Landesregierung. Die in einer offenen Abfrage genannten Gründe sind vielfältig, hier werden in der Befragung beispielsweise genannt:

- fehlende personelle Ausstattung
- schlechte räumliche Bedingungen
- Alleinlassen der Lehrkräfte
- zu große Klassen

„Dass die Realität so weit hinter dem Anspruch zurückbleibt, liegt nicht in der Verantwortung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort, sondern in der Verantwortung der Politik. Eine gelingende Inklusion ist eben nicht nur eine Frage des Willens und der Haltung – es ist eine Frage der Bedingungen“, stellt die Landesvorsitzende Anne Deimel abschließend fest.

Was jetzt konkret nötig ist

- Die sonderpädagogische Expertise muss an allen Schulen gesichert und nachhaltig gestärkt werden.
- Eine Doppelbesetzung aus Lehrkraft und sonderpädagogischer Lehrkraft ist für gemeinsames Lernen zu gewährleisten.

- Kleinere Lerngruppen sind unerlässlich – Klassen dürfen 24 Kinder und Jugendliche nicht überschreiten; Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf müssen dabei doppelt gezählt werden.
- Beschäftigte in Schulen benötigen praxisnahe Fortbildungen, materielle Ressourcen und ausreichend Zeit für Teamabsprachen, Planung und Beratung.
- Multiprofessionelle Teams müssen systematisch ausgebaut und ihre Mitglieder professionsspezifisch eingesetzt und unterstützt werden.
- Schulische Inklusion braucht moderne Diagnostik und darauf aufbauende Förderung, passende Lernmittel, digitale Ausstattung und nicht zuletzt barrierefreie Räume.

Breites Medienecho

Die Veröffentlichung sorgte für umfangreiche Berichterstattung – darunter Beiträge in der Tagesschau, der WDR-Sendung „Aktuelle Stunde“, WDR 5, RP Online und der WAZ. In mehreren Interviews machte die Landesvorsitzende Anne Deimel die Position des VBE deutlich.



Im WDR-Tagesgespräch diskutierte Anne Deimel mit Menschen aus ganz Nordrhein-Westfalen die Ergebnisse der Umfrage und stellte sich vielfältigen Meinungen zum Thema.



Anne Deimel im Gespräch mit dem WDR für die Sendung „Aktuelle Stunde“.

Über den QR-Code gelangen Sie zum digitalen Pressespiegel mit Links zu den Beiträgen.



Diskutieren Sie mit!

Der VBE NRW setzt sich für gute Bedingungen ein – im Dialog mit der Politik, durch Impulse in der öffentlichen Debatte und auf unseren Social-Media-Kanälen.

Diskutieren Sie mit:

Instagram: @vbe_nrw.

Hintergrund zur Umfrage

Für die Studie wurden im März/April 2025 insgesamt 2.737 Lehrkräfte in Deutschland befragt, darunter 518 in NRW. 289 von ihnen unterrichten derzeit in inklusiven Klassen.

*Alexander Spelsberg,
Pressereferent VBE NRW*



© Silvia Kriens



NRW-Schulministerium stellt „Schulkompass“ vor

Neue Lernstandserhebungen und mehr Schülerfeedback geplant

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens hat mit dem „Schulkompass“ ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung von Schul- und Unterrichtsqualität vorgestellt. Geplant sind u. a. zusätzliche

Lernstandserhebungen, die Einführung von Schülerfeedback sowie ein verbesserter Zugang zu schulischen Daten, um Schulen eine datengestützte Weiterentwicklung zu ermöglichen.

Hier geht es zur Pressemitteilung des Schulministeriums: <https://www.schulministerium.nrw/>.

Quelle: MSB NRW

Der VBE NRW begrüßt den Fokus auf Lernstandserhebungen und Partizipation, warnt jedoch vor einem rein datenbasierten Ansatz: Ohne gute Lernbedingungen – etwa durch mehr Personal und kleinere Lerngruppen – könne keine nachhaltige Verbesserung erreicht werden, erklärt Anne Deimel, VBE-Landesvorsitzende NRW. Auch das vorgesehene Sprachscreening zur Einschulung sei in der derzeitigen Form problematisch. Statt nur auf Sprache zu schauen, muss auch der mathematische Bereich einbezogen werden. „Der VBE fordert außerdem eine klarere Aufgabenbeschreibung für die Schulaufsicht – insbesondere mit Blick auf die ab 2025/26 geplanten Zielvereinbarungen mit Schulleitungen“, betont Deimel.

Landtag NRW berät über gewaltfreie Schulkultur

VBE fordert verlässliche Prävention statt Reaktion

Im Schulausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags fand kürzlich eine Anhörung zur Frage statt, wie Schulen zu sicheren Orten für alle werden können. Der Anlass: die alarmierenden Ergebnisse der VBE-Umfrage zu Gewalt an Schulen. Für den VBE NRW nahm Wibke Poth, stellvertretende Landesvorsitzende, an der Anhörung teil.

VBE NRW: Gewaltprävention braucht Zeit, Personal und verlässliche Strukturen

Angesichts steigender Übergriffe – auch auf Lehrkräfte – mahnt der VBE NRW einen klaren politischen Kurswechsel an. „NRW liegt über dem Bundesdurchschnitt bei beobachteten körperlichen Übergriffen ge-

gen Lehrkräfte. Das darf die Politik nicht ignorieren“, so Wibke Poth. Schulen bräuchten dringend mehr Fachpersonal, multiprofessionelle Teams und dauerhaft angelegte Präventionsangebote.

Zentrale Forderungen des VBE aus Sicht der Schulleitungen:

- Stärkere Kooperation mit staatlichen Institutionen
- Ausbau multiprofessioneller Teams
- Mehr Raum für Gespräche über Gewalt und verbindliche Schulkodizes

Poth betont:

„Soziales und emotionales Lernen muss fest in jeder Jahrgangsstufe verankert sein. Nur so kann langfristig eine gewaltfreie Schulkultur entstehen.“



© Robert Lachner

Mehr zum Thema auf www.vbe-nrw.de

Nachwahl für dbb Bundeshauptvorstand

Am 23. Juni 2025 hat der dbb Bundeshauptvorstand in Berlin wichtige Personalentscheidungen getroffen: Volker Geyer wurde von 138 der 139 wahlberechtigten Delegierten (eine Enthaltung) zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Gleichzeitig wurde Andreas Hemsing, der bisher stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft war, zu Geyers Nachfolger als Fachvorstand Tarifpolitik gewählt.

Quelle: DBB NRW



Digitale Abwicklung von Klassengeldern

Bringt eine digitale Lösung für Klassengelder eine Entlastung der Schulen mit sich? Ja – zumindest kann dies der Fall sein, wenn die digitale Lösung gut durchdacht umgesetzt wird.



Christian Willing und Stefan Behlau für den VBE im Landtag NRW

Anlässlich des von der FDP kürzlich im Schulausschuss eingebrachten Antrags zur Digitalisierung der Schulfinanzen sagt VBE NRW-Landesvorsitzender Stefan Behlau: Eine Softwarelösung zur Abwicklung von Klassengeldern – inklusive automatisierter Zahlungszuordnung, Elterneinbindung und rechtssicherer Buchhaltung – könnte eine Entlastung für Lehrkräfte und pädagogisches Personal darstellen. [...] Entscheidend wäre, wie praxisgerecht, flächendeckend und grundlegend durchdacht die Umsetzung erfolgt, um nachhaltig wirken zu können.“

Unsere vollständige Stellungnahme finden Sie auf www.vbe-nrw.de.

Viele weitere aktuelle Meldungen und Stellungnahmen finden Sie auf www.vbe-nrw.de.

100 Milliarden für die Zukunft – aber bitte mit Qualität!

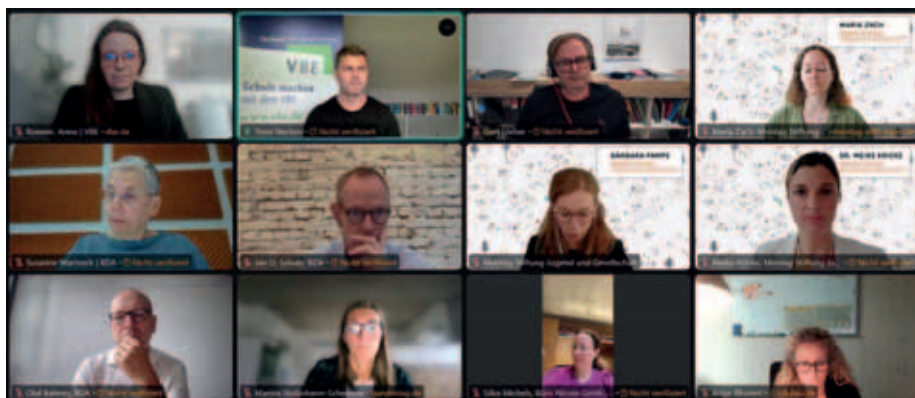
Mit dem neu geschaffenen Infrastruktursondervermögen stellt der Bund 100 Milliarden Euro zur Verfügung. Diese Summe soll direkt den Ländern und Kommunen zugutekommen. Dabei sollen mindestens 60 Prozent der Mittel an die Kommunen gehen. Verteilt wird in neun Handlungsfeldern, darunter Verkehr, Energie, Gesundheitswesen – und Bildung. Gerade die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur ist dringend auf finanzielle Impulse angewiesen: Laut dem KfW-Kommunalpanel beläuft sich der Investitionsstau im Schulbau mittlerweile auf 55 Milliarden Euro.

Die drei Kooperationspartner Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, Bund Deutscher Architektinnen und Architekten BDA und Verband Bildung und Erziehung (VBE) arbeiten schon lange zusammen. Ihr gemeinsames Anliegen ist die Verzahnung von Pädagogik und Architektur sowie die Stärkung von Beteiligungsprozessen. Schon 2013 gaben sie gemeinsam die **Schulbauleitlinien** heraus, die seit 2022 in der 4. Auflage vorliegen und durch die Broschüren „Brandschutz“ und „Akustik“ erweitert wurden.

Angesichts der möglichen Förderung für die Bildungsinfrastruktur haben sie sich abermals zusammengeschlossen, um sich für eine **Qualitätsoffensive im Schulbau** starkzumachen. Ihre zentrale Forderung: Wenn jetzt in Schulgebäude investiert wird, dann bitte zukunftsgerichtet, nachhaltig und mit einer pädagogisch fundierten Architektur. Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, Gerhard Brand, macht deutlich: „Schulbau ist weit mehr als Bauplanung. Es ist immer auch eine Bildungsentscheidung. Gute Lernräume wirken wie ein ‚dritter Pädagoge‘, unterstützen inklusive Lernsettings und fördern Selbstständigkeit, Kreativität und soziale Teilhabe. Investitionen müssen deshalb nicht nur baulich, sondern auch konzeptionell überzeugen.“

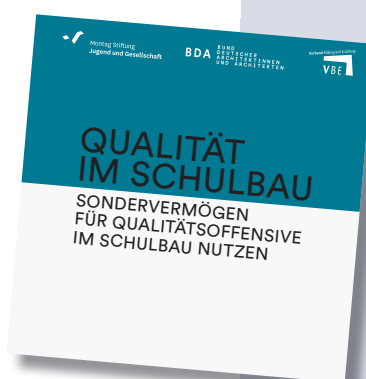
In einem gemeinsamen **Positionspapier** (<https://kurzlinks.de/schulbau>) stellen die Kooperierenden heraus, was es braucht:

- stärkere Verzahnung von Pädagogik und Architektur,
- partizipative Prozesse bei Planung und Umsetzung,
- ein qualitätsorientiertes Vergabewesen und
- das klare Bekenntnis, Schulbau als strategische Zukunftsinvestition zu begreifen.



Diese Forderungen wurden an die Bundesbildungsministerin Karin Prien, die Bundesbauministerin Verena Hubertz, den Bundesfinanzminister Lars Klingbeil und die Präsidentin der Bildungsministerkonferenz Simone Oldenburg gerichtet. Zudem wurden die Mitglieder der demokratischen Parteien im Bildungs- und Bauausschuss des Bundestages zu einem parlamentarischen Austausch am 27. Juni 2025 eingeladen. Dieser bot die Gelegenheit, die Geschichte hinter den Forderungen zu verdeutlichen: Was schlechter Schulbau mit Bildungschancen macht. Warum es deshalb strukturelle Änderungen der Raumkonzepte braucht. Und wo die Hürden im Vergabeverfahren liegen. Die Initiative ist Teil eines größeren Prozesses: **Am 10. Oktober 2025 folgt die bundesweite Schulbaukonferenz** in Berlin, flankiert von weiteren Terminen in den Ländern. Gerne halten wir Sie auf dem Laufenden über das Programm und die Möglichkeit einer Teilnahme. Zudem findet sich an dieser Stelle im November ein Bericht von der Veranstaltung.

Das Ziel ist klar: Investitionen sollen nicht nur Lücken schließen, sondern auch neue Perspektiven eröffnen – für die Kinder und Jugendlichen, die heute in unseren Schulen lernen, und für eine Gesellschaft, die auf Bildung baut.



Die dbb-Familie trauert um Ulrich Silberbach



Ulrich Silberbach wurde am 27. August 1961 in Köln geboren. Er begann 1979 die Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten und arbeitete in diesem Beruf bis 1990 in Köln, zuletzt im Ordnungsamt. Silberbach trat in seiner Jugend früh in die dbb-Mitgliedsgewerkschaft komba ein und übernahm dort unterschiedliche Aufgaben. Von 2001 bis 2014 war er darüber hinaus Vorstandsmitglied des DBB NRW. 2011 wurde er zum Bundesvorsitzenden der komba gewählt und legte dieses

Amt erst satzungsgemäß nieder, nachdem er vom Gewerkschaftstag des dbb beamtenbund und tarifunion 2017 zum Bundesvorsitzenden des gewerkschaftlichen Dachverbandes gewählt wurde. Eine Bestätigung erfolgte 2022. Das Amt hat Ulrich Silberbach mit aller Kraft ausgefüllt: kompetent, entschlossen und zugewandt. Durch seine schwere Erkrankung war er schließlich gezwungen, es mit Wirkung zum 23. Juni 2025 niederzulegen.

Am 25. Juni ist der ehemalige dbb-Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach nach schwerer Krankheit verstorben. Volker Geyer, sein Nachfolger im Amt, der erst zwei Tage zuvor bei einer Sitzung des dbb Bundeshauptvorstandes gewählt wurde, erklärt: „Mit Uli verlieren wir einen großen Kämpfer. Ich habe wenige Menschen kennengelernt, die sich mit so viel Leidenschaft in Auseinandersetzungen geworfen haben. Nicht nur im Interesse der dbb-Familie. Nicht nur für die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Sondern darüber hinaus, für das große Ganze. Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das Streben nach mehr Miteinander und einem fairen Ausgleich der Interessen – das waren für Uli nicht nur Floskeln in Sonntagsreden. Dafür hat er ehrlich und überzeugt gebrannt. Dieses Feuer, diese Leidenschaft wird uns allen fehlen. Die gesamte dbb-Familie trauert mit seinen Angehörigen.“

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, Gerhard Brand, ergänzt: „Ulrich Silberbach war ein großer Freund der Lehrkräfteverbände und insbesondere des VBE. Wir schätzten es sehr, wenn er unsere Tagungen durch seine Impulse bereicherte und sich mit uns austauschte. Er hatte stets ein offenes Ohr für die Belange der Mitgliedsgewerkschaften. Fair und nahbar, aber hart in der Sache konnte er am Verhandlungstisch gute Ergebnisse für die Beschäftigten erstreiten. Bei ihm war immer deutlich, wie gerne er Vorsitzender war – und zwar nicht seinetwegen, sondern weil er echte Verbesserungen für die Arbeitsbedingungen aller erringen wollte. Wir danken ihm für seine Verdienste und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.“

Terminankündigung: Deutscher Lehrkräftetag am 20. März 2026

Nach dem großen Erfolg bei der Rückkehr des Deutschen Lehrkräftetages in diesem Jahr steht nun fest: Auch im nächsten Jahr wird der Deutsche Lehrkräftetag wieder im Rahmen der Leipziger Buchmesse stattfinden. Ausgerichtet wird er wieder vom Verband Bildungsmedien, dem Verband Bildung und Erziehung und seinen Landesverbänden aus der Region: dem Sächsischen Lehrerverband (SLV), dem VBE Sachsen-Anhalt und dem tlv thüringer Lehrerverband.



Wir laden dazu ein, **am Freitag, den 20. März 2026**, im Congress Center Leipzig zusammenzukommen. Weitere Infos folgen.

Keine einfachen Lösungen: VBE zur Handynutzung an Schulen

Im Rahmen ihrer Bundesvorstandssitzung haben die Mitglieder des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) intensiv über die Diskussion um Handyverbote an Schulen beraten. Dabei wurde deutlich: Die Risiken einer frühen Smartphone-Nutzung sind bekannt – ihre Folgen können jedoch nicht allein von den Schulen aufgefangen werden. Alle an Bildung und Erziehung Beteiligten müssen Verantwortung für das Kindeswohl übernehmen.

Der Bundesvorstand spricht sich jedoch gegen ein pauschales Handyverbot aus. Ein solches Verbot würde den sehr unterschiedlichen schulischen Realitäten nicht gerecht werden. Stattdessen fordern die Mitglieder einen rechtlichen Rahmen, der es Schulen ermöglicht, selbstbestimmt und abgesichert über angemessene Regelungen zu entscheiden. Nur so lassen sich Konflikte vor Ort konstruktiv lösen und Lehrkräfte entlasten.

Zugleich weisen die Vorstandsmitglieder auf die Kluft zwischen politischer Symbolik und schulischem Alltag hin: Wenn Fahrkarten digital erhältlich sind, Stundenpläne über Apps laufen, aber digitale Endgeräte vielerorts noch fehlen, ist ein generelles Verbot wenig praktikabel. Schulen brauchen die Freiheit, gemeinsam mit allen Beteiligten tragfähige, an den Bedingungen vor Ort orientierte Lösungen zu entwickeln.

Darüber hinaus macht der Bundesvorstand deutlich, dass jede Form von Nutzungsregulierung Kosten verursacht – etwa für Handygaragen oder die Rückkehr zu analogen Informationswegen. Diese finanziellen Auswirkungen dürfen nicht auf die Schulen oder Schulträger abgewälzt werden, sondern müssen von den Ländern mitgedacht und entsprechend berücksichtigt werden.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Nachhaltigkeit im Fokus

Das Referat Nachhaltigkeit
des VBE NRW stellt sich vor.



K

limaschutz, Ressourcenschonung und zukunftsfähiges Handeln – auch in der Bildungswelt gewinnen diese Themen zunehmend an Bedeutung. Der VBE hat auf der Delegiertenversammlung 2022 das Referat Nachhaltigkeit ins Leben gerufen, um nachhaltige Entwicklung innerhalb des Verbands noch stärker voranzutreiben.

Unter der Leitung von Sandra Rothe arbeitet das Referat daran, ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit in der täglichen Verbandsarbeit zu verankern. Im Referat arbeiten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner aus allen fünf Bezirken mit. Im Geschäftsführenden Vorstand sind Matthias Kürten und Christian Willing als Ansprechpartner für das Referat zuständig.

„Bildung für nachhaltige Entwicklung beginnt bei uns selbst“, sagt Sandra Rothe „Wenn wir als Verband glaubwürdig sein wollen, müssen wir Nachhaltigkeit nicht nur lehren, sondern auch leben.“ In den vergangenen Monaten konnte der Landesverband bereits konkrete Erfolge erzielen: Die CO₂-Bilanz der Geschäftsstelle wurde spürbar verbessert, unter anderem durch die Erweiterung der Photovoltaikanlage (SH berichtete). Zudem wurde ein E-Fahrzeug angeschafft, das nun für Fahrten zu Veranstaltungen und Terminen eingesetzt wird – leise, emissionsfrei und zukunftsweisend.



Auch im Bereich Öffentlichkeitsarbeit setzt der VBE NRW auf Nachhaltigkeit: Neue Werbemittel werden bewusst umweltschonend produziert – recycelbar, langlebig und möglichst regional bezogen.

Auf der Delegiertenversammlung 2022 wurde beschlossen, dass der VBE bis Ende 2025 komplett klimaneutral sein soll. Um dies zu erreichen, werden in den nächsten Monaten noch weitere Schritte folgen. Darüber hinaus ist geplant, den Garten der Geschäftsstelle insektenfreundlich umzugestalten, um Biodiversität direkt vor Ort zu fördern. Die Kreis- und Stadtverbände sollen bei ihrer Arbeit noch stärker für nachhaltige Aspekte sensibilisiert und unterstützt werden. Geplant sind außerdem Fortbildungen für Mitglieder und Lehrkräfte, um Wissen und Handlungskompetenz zum Thema Nachhaltigkeit gezielt zu stärken und auch in den Schulen weiterzuentwickeln.

Mit Engagement, Ideenreichtum und Tatkraft zeigt das Referat Nachhaltigkeit des VBE NRW, wie Umweltschutz und Verbandsarbeit Hand in Hand gehen können – als Vorbild für Schulen, Bildungseinrichtungen und Organisationen in ganz NRW.

„Der VBE NRW setzt ein klares Zeichen für eine nachhaltige Zukunft – wir sind meines Wissens nach die erste Gewerkschaft, die sich so konkret auf den Weg zur CO₂-Neutralität gemacht und Umweltschutz ganz konkret in ihren Zielen verankert hat. Gemeinsam gestalten wir eine umweltbewusste und zukunftsfähige Bildungslandschaft.“

Matthias Kürten,
stellv. Vorsitzender
VBE NRW



Bottle Bag

aus 100 % recyceltem Material

Flaschenöffner „Mensch“

aus recyceltem Ocean-Bound-Kunststoff, das im Umkreis von Meeren und Wasserwegen gesammelt wurde.



Bio Becher

aus Maisstärke,
100 % kompostierbar



Bleistifte, Holztextmarker, Holzlineal, Holzanspitzer u. v. m.

aus FSC-zertifiziertem Lindenholz, zertifizierter Forstwirtschaft



Nature-Plus-Kugelschreiber

hellgrün aus nachwachsenden Rohstoffen – biobasierter Kunststoff auf PLA-Basis, mit langlebiger Mine, produziert mit CO₂-neutralem Ökostrom, made in Germany. Durch die Bestellung bei diesem Produzenten unterstützen wir gleichzeitig ein Baumprojekt in Peru.



Hoodie & Poloshirt

Nachhaltige Drucktechnik: Durch präzises Arbeiten und eine hohe Deckkraft der Farben wird die Langlebigkeit der Drucke gesichert. Für eine effiziente Ressourcennutzung wird auf wasser-, tinten-, und platzsparendes Arbeiten geachtet. Hochmoderne Maschinen und automatische Abläufe sorgen zudem für weniger Energieverbrauch. Bei der Herstellung der Druckgeräte wird zu wiederverwendbaren Materialien ge Griffen.

Druckwerke aus Papier (Blöcke, Postkarten, Umschläge, Broschüren, Flyer u. v. m.)

werden mit Recyclingpapier angefertigt.



Ein starkes Netzwerk

B

ei der Veranstaltung „Junges Netzwerk Schule“ ging es zur Sache – aber im besten Sinne! Deeskalationstrainer und systemischer Coach Raphael Kirsch brachte den Teilnehmenden mit viel Erfahrung, Humor und klaren Beispielen näher, wie man auch in herausfordernden Momenten ruhig und handlungsfähig bleibt.

Mit einfachen, praxiserprobten Strategien zeigte er, wie man Verhaltensweisen besser versteht und mehr Zeit für das Wesentliche gewinnt – den Unterricht.

Die Stimmung in der Rohrmeisterei in Schwerte war offen, der Austausch rege, und das Team des Jungen VBE sorgte für eine rundum gelungene Veranstaltung.



Das Landesprecher/-innen-Team des Jungen VBE hieß alle Teilnehmenden herzlich willkommen (v. l. Nina Cappellaro, Daniel Weber, Kristina Hebing).

Danke an alle, die dabei waren und mitgeholfen haben!



Raphael Kirsch eröffnet seinen Workshop mit einem Mix aus Humor, Klartext und Praxisnähe.



Der Junge VBE als Gastgeber: engagiert, motiviert und immer mit einem offenen Ohr



v. l.: Raphael Kirsch, Kristina Hebing, Nina Cappellaro, Yvonne Dickmeis, Daniel Weber, Jenny Katzmann, Matthias Kürten, Anne Deimel, Stefan Behlau



Teamarbeit im Fokus – gemeinsam wurde diskutiert, reflektiert und gelacht.



Bestens ausgestattet: der VBE Verlag



Fotos: Xenia Klaffke

SAVE THE DATE 2026

JUNGES Netzwerk Schule

18. Mai 2026

von 10 bis 16 Uhr

in der Rohrmeisterei
in Schwerte

Demokratie verbindet – Bildung, Engagement, Mitbestimmung

Impulse für Schule, Erziehung und gewerkschaftliches Handeln

Samstag, 6. September 2025, von 10:00 bis 13:00 Uhr

VBE-Landesgeschäftsstelle, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

PROGRAMM

Ab 9:30 Uhr Begrüßungskaffee

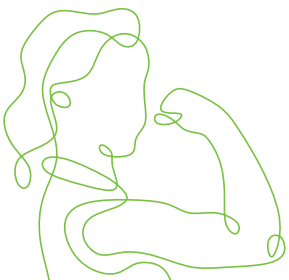
**10:00 Uhr Gemeinsame Begrüßung der Gäste
durch die Landessprecherinnen
der Frauenvertretung**

**10:15 Uhr Impulsvortrag/Keynote
mit anschließender Diskussion bzw. Austausch**
Referentin: Milanie Kreutz (Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung)

Die Veranstaltung richtet sich an
aktive Gewerkschafter/-innen des VBE NRW.



© OneLineStock/shutterstock.com



© SingleLine/shutterstock.com

Anmeldung online unter: www.vbe-nrw.de

Anmeldeschluss: 29. August 2025

Kosten: kostenlos (nur VBE-Mitglieder)





VBE-BILDUNGSWERK

Veranstaltungen September 2025

OS1

Demokratieerziehung durch erfolgreiche Arbeit in der Schülersvertretung

Termin: Do., 11.9.2025, 14:30 bis 17:00 Uhr
 Referent: Sebastian Potschka,
 Lehrer, SV-Verbindungslehrkraft
 Ort: Online-Seminar

**OS6**

Eine Klasse führen und dabei gesund bleiben

Termin: Mi, 17.9.2025, 15:00 bis 17:00 Uhr
 Referentin: Heike Wittig,
 Resilienztrainerin, Lehrerin
 Ort: Online-Seminar

**E2**

Handschrift und Rechtschreibung

Termin: Di., 9.9.2025, 10:00 bis 17:00 Uhr
 Referentinnen: Maria-Valentina Westermann, Referentin
 Lernserver-Bildungsprojekt,
 Maria-Anna Schulze Brüning,
 Lehrerin
 Ort: VBE NRW, Dortmund

**E7**

Die Allgemeine Dienstordnung (ADO) und Rechtsfragen aus dem Schulalltag

Termin: Do., 18.9.2025, 10:00 bis 16:00 Uhr
 Referent: Joachim Klüpfel-Wilk,
 Justiziar VBE NRW e. V.
 Ort: VBE NRW, Dortmund

**OS3**

Praxis des Schulrechts: Leistungsbewertung, Pflichtverletzungen & Fehlverhalten, Klassenfahrten

Termin: Mo., 15.9.2025, 14:00 bis 17:00 Uhr
 Referent: Michael Münzer, Schulleiter
 Ort: Online-Seminar

**W4**

Schwierige Elterngespräche

Termin: Mo., 15.9.2025, 14:30 bis 16:30 Uhr
 Referent: Andreas Kunz, Kommunikationstrainer,
 Social-Groupworker, NLP-Master
 und seit 15 Jahren Vertrauenslehrer
 Ort: Hürth

**E5**

Schulrecht – Dienstrecht für Schulleitungen und interessierte Lehrkräfte

Termin: Di., 16.9.2025, 10:00 bis 15:00 Uhr
 Referent: Martin Kieslinger,
 Ltd. Justiziar VBE NRW e. V.
 Ort: VBE NRW, Dortmund

**M8**

So bestehen Sie das Eignungsfeststellungsverfahren – professionelle Vorbereitung auf ein erfolgreiches Bestehen des EFV

Termin: Sa., 20.09.2025, 10:00 bis 16:30 Uhr
 und So., 21.09.2025, 10:00 bis 16:30 Uhr
 Referentin: Susanne Arzdorf,
 systemische Beratung CQM,
 Mentaltrainerin/VAK Coach
 Ort: Eitorf



Alle weiteren Online- und Präsenzveranstaltungen finden Sie unter www.vbe-nrw.de – Veranstaltungskalender.



Verband Bildung und Erziehung
 Landesverband NRW e.V.
 Bildungswerk



Ausbildung zur Qigong-Lehrerin/ zum Qigong-Lehrer und Seminarleiter/-in Qigong

für Erwachsene und Jugendliche
mit Kassenanerkennung mit Unterstützung
durch die AKTION MENSCH und
in Kooperation mit dem VBE und dem BRSNW
(Kurs 2025–2027 Q8)



Zielgruppe

Es handelt sich hierbei um eine von der AKTION MENSCH geförderte Fortbildung in Kooperation mit dem BRSNW und dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) für Ehrenamtliche (Multiplikatoren) in der Arbeit mit Menschen mit Handicaps durch den Blaues Kreuz Diakonieverein e. V. Das heißt, dass die Ausbildungsteilnehmer/-innen mit dem Ziel in Qigong ausgebildet werden, am Ausbildungsende Qigong sowohl an Menschen mit Behinderungen sowie an Menschen ohne Behinderungen weitervermitteln zu können.

Kosten

Aufgrund der Förderung durch die AKTION MENSCH wird die Ausbildung sehr kostengünstig angeboten. Der Eigenanteil an den Kursgebühren beträgt 1.000 Euro/700 Euro für BRSNW-/VBE-Mitglieder (= 500 bzw. 350 Euro pro Ausbildungsjahr; die Kosten für Übernachtung, Verpflegung oder Fahrtkosten etc. sind in der Kursgebühr nicht enthalten).

Durch die Einführung und technische Wartung der Online-Plattform Moodle sowie die Entwicklung weiterer Materialien (z. B. ein umfangreiches Handout als Printmedium) entstehen uns allerdings Kosten, die nicht refinanziert werden.

Deshalb überweisen Sie uns bitte die Kursgebühr vor Ausbildungsbeginn auf unser Vereinskonto mit dem Vermerk „Kostenbeitrag Qigong Ausbildung 25-27“.

Erst mit dem Eingang des Kursbeitrags wird die Anmeldung rechtsverbindlich.

Schwerpunktmäßige Inhalte

1. Fachwissenschaftliche Kompetenz:
theoretische Grundlagen der Qigong-Praxis/
Philosophie und Geschichte des Qigong
2. Fachpraktische Kompetenz

Veranstaltungsort

Majema Dancecenter,
Glückaufsegenstr. 82,
44265 Dortmund
Info: <https://www.majema.net/>

Ausbildungsleitung

Dr. Meinfried Jetzschke – Ev. Theologe, Supervisor (DGSv), Systemischer Körperpsychotherapeut (KPT), 出现 Chūxiàn-Qigong® Meister, Qigong-Lehrer (Ev. Hochschule RWL Bochum) + Qigong-Kursleiter (kassenanerkannt), Entspannungspädagoge + Entspannungstherapeut (AT/PMR – kassenanerkannt), Dozent (Betriebliches Gesundheitsmanagement in Schulen), Fachbuchautor

Hans-Joachim Beutler – Dipl.-Sozialarbeiter/ Pädagoge, Krankenpfleger, Tiefenpsychologischer Körpertherapeut, kassenanerkannter Kursleiter und Ausbilder in Qigong, PMR und AT, Fachübungsleiter Reha Sport

Ausführliche Informationen über unsere Qigong-Schule und das besondere Profil des 出现 Chūxiàn-Qigong® finden Sie auf unserer Homepage:

<https://blaueskreuzdiakonieverein.de/qigong-schule/>.

Die im November 2025 startende Ausbildung umfasst 20 Module, die jeweils von Freitag bis Sonntag stattfinden.

Die genauen Termine und alle Informationen zu dieser Ausbildung, zur Bewerbung/Anmeldung finden Sie auf unserer Homepage:



Veranstalter

Blaues Kreuz Diakonieverein e. V.
(kassenanerkannter Zertifizierer)
Mitglied in den Diakonischen Werken
der Evangelischen Kirchen im Rheinland
und von Westfalen;
Geschäftsstelle:
Gustav-Vorsteher-Str.6,
58300 Wetter
Telefon: 02335 6844128,
Mobil: 0171 4912781
Web: www.bk-dv.de,
Mail: info@bk-dv.de



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW e.V.
Bildungswerk

SOMMER, SONNE, SCHWINDELHÖHE

DAS SOMMERFEST DER VBE- LANDESGESCHÄFTSSTELLE

Was braucht man für ein gelungenes Sommerfest? Gutes Wetter, gute Laune – und ein bisschen Abenteuerlust! All das war beim diesjährigen Ausflug der VBE-Landesgeschäftsstelle am Freischütz in Schwerte reichlich vorhanden.



Nach der sportlichen Betätigung stand der gemütliche Teil auf dem Programm. Beim gemeinsamen Grillen in entspannter Runde ließen alle den Tag ausklingen – mit leckerem Essen, kühlen Getränken und vielen guten Gesprächen.



Zwei Teams, zwei Missionen: Während sich die eine Gruppe mit sportlichem Ehrgeiz auf die Minigolfbahn wagte (mit teils beachtlicher Präzision, teils kreativer Auslegung der Regeln), begaben sich die anderen in schwindelnde Höhen des angrenzenden Kletterwaldes. Dort wurde geklettert, balanciert, gelacht – und gelegentlich auch der Mut zusammengekratzt.



Ein rundum gelungener Ausflug, der nicht nur für frische Luft, sondern auch für frischen Schwung im Team gesorgt hat!

Die Schule von morgen gestalten

Deutscher Schulleitungskongress

27.-29. November 2025 | Congress Center Düsseldorf



Exklusiv für
VBE-Mitglieder:
immer 379 €

Aktionscode:
DSLK25VBE



Das erwartet Sie auf dem DSLK:

- Premium-Kongressprogramm und wertvolle Networking-Gelegenheiten
- DSLK-Schulpreis Bildung für nachhaltige Entwicklung - Gestiftet von SIGNAL IDUNA
- Zukunftsforum Bildung, Forum Startchancen-Programm, Forum Digitale Schule und KI, Forum Zeitgemäße Lernorte

VBE-Vorteilspreis:

Teilnahme am 28. + 29.11.2025

für VBE-Mitglieder für **379 €** netto statt ~~739 €~~

Teilnahme am 27.11.2025 | DSLK-Intensivtag in Verbindung mit dem Hauptkongress

für VBE-Mitglieder nur **219 €** netto statt ~~319 €~~

Infos und Tickets unter: www.deutscher-schulleitungskongress.de

Eine gemeinsame Veranstaltung von



Platin-Partner



Gold-Partner



Treffen der Arnsberger Seniorenvertretung

Eine Führung durch die Villa Hohenhof in Hagen und ein Besuch des Schlosses Hohenlimburg waren die Schwerpunkte des Halbjahrestreffens der Sprecherinnen und Sprecher der Arnsberger Seniorinnen und Senioren.

Wikipedia zählt die Jugendstil Villa des Hager Kunstmäzens Karl Ernst Osthaus zu den bedeutendsten architekturgeschichtlichen Gebäuden Europas. Nach einer Führung durch das Gebäude und den umliegenden Park sowie der dazugehörigen Künstlerkolonie zeigten sich die Teilnehmer begeistert und konnten das internationale Urteil nur bestätigen. Der Hohenhof ist nicht umsonst ein Ankerpunkt der Route der Industriekultur im Ruhrgebiet. Nach einem gemeinsamen Mittagessen und einem regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zur



Seniorenarbeit in den Stadt- und Kreisverbänden des Bezirks Arnsberg ging es dann zum Schloss Hohenlimburg, das sich durch seine Höhenlage und den weitgehenden Erhalt der mittelalterlichen Bausubstanz auszeichnet. Nicht zu vergessen: die dort ausgestellte mumifizierte „schwarze Hand“. Zum Schluss gab es ein dickes Lob an die Seniorenvertretung Hagen unter Federführung von Roland Siegel für die Vorbereitung und Organisation des Tages.

REGIONAL

A m 2. Juni 2025 fand im Bezirk Arnsberg die jährliche VBE-Personalrätekonferenz statt – mit großer Resonanz: Über 110 engagierte Personalrätinnen und Personalräte aus dem gesamten Bezirk nahmen teil. Die Veranstaltung bot eine ideale Plattform für Information, Austausch und Vernetzung – und machte deutlich, wie wichtig eine gut informierte Interessenvertretung für die Schulen in NRW ist.



Über 110 VBE-Personalräte aus dem Bezirk Arnsberg kamen am 2. Juni 2025 zur jährlichen Konferenz zusammen – für Information, Austausch und Stärkung der Mitbestimmung.

Nach einem gemeinsamen Start bei Kaffee und belegten Brötchen eröffnete VBE-Justiziar Joachim Klüpfel-Wilk die Tagung mit einem Impulsvortrag unter dem Titel „Davon hat mir keiner was gesagt“. Mit vielen Beispielen aus der Praxis zeigte er, wie bedeutend Kommunikation, Transparenz und rechtzeitige Information für die Arbeit der Personalvertretung sind.

Im Anschluss beleuchtete Nadine Prenger-Berninghoff das komplexe Thema „Schulbezogene Einstellungen – Auswahlverfahren“. Ihr Vortrag bot einen fundierten Einblick in rechtliche Rahmenbedingungen und die konkrete Mitwirkung von Personalräten bei Einstellungsverfahren.

Nach der Mittagspause stand das Tarifrecht im Mittelpunkt: Rita Mölders brachte die Teilnehmenden auf den aktuellen Stand und ging auf zahlreiche Fragen aus dem Alltag der Personalratsarbeit ein. Gemeinsam mit Daniel Weber informierte sie anschließend über die „Beschäftigung von Studierenden“ – ein zunehmend relevantes Thema im schulischen Kontext.

BV Arnsberg

Zum Abschluss berichtete Wibke Poth über aktuelle Entwicklungen aus der Personalratsarbeit. Dabei ging es unter anderem um gesetzliche Neuerungen, Erfahrungswerte aus den Gremien sowie Perspektiven für eine zukunftsfähige Mitbestimmung.

Die Konferenz endete mit einem rundum positiven Fazit: Die hohe Beteiligung und die rege Diskussion zeigten das starke Engagement der VBE-Personalräte. Der VBE bekräftigte damit seinen Anspruch, Personalvertretungen fachlich zu stärken und den kollegialen Austausch zu fördern.

VBE stand bei der Mitgliederversammlung im Kreis Herford auch für **Verdammt BEeindruckend, Voll BEschäftigt, Vielfältig BEgeisternd** und beschrieb so rückblickend das langjährige Engagement von Hildegard Degener.

Seit 2014 war sie die Vorsitzende im Kreis Herford, zeitweise stellv. Vorsitzende oder auch stellv. Kassiererin im VBE-Bezirksverband Detmold und hier auch viele Jahre als Moderatorin für Lehrerräteschulungen unterwegs. Außerdem brachte sie sich auf Landesebene über zehn Jahre hinweg im Referat Grundschule ein. In ihrer Amtszeit im Kreis Herford verzeichnete Hildegard einen deutlichen Zuwachs an Mitgliedern und organisierte eine Vielzahl von Veranstaltungen. Darüber hinaus war sie bis 2024 für den **VBE** 16 Jahre lang Mitglied des Örtlichen Personalrats für Grundschulen beim Schulamt für den Kreis Herford, davon 12 Jahre als Vorsitzende, sowie ebenfalls 16 Jahre lang Mitglied im Bezirkspersonalrat Detmold. Das ist schon wirklich **Verflixt BEeindruckend**! Hildegard hat die Verbandsarbeit an vielen Stellen geprägt und es war ihr eine Herzensangelegenheit, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu vertreten und den **VBE** im Kreis Herford weiterzuentwickeln. Eine echte **AktiV-BEamtin** und mit unserem Verband **Vielfältig BEschäftigt**! Der neu gewählte Geschäftsführende Vorstand hat beschlossen, für diese Verdienste die Ehrenmitgliedschaft im Kreisverband Herford zu verleihen.

Voll BEgeistert sind wir als neu gewählter Kreisvorstand auch deshalb, weil Hildegard uns als beratendes Mitglied weiter unterstützen wird und auch auf Landesebene im Referat Senior*innen aktiv bleibt! **Danke, liebe Hildegard!**



Hildegard Degener, Kathrin Stintmann

Ihre Nachfolgerin Kathrin Stintmann wies darauf hin, dass Hildegard einen großen Fußabdruck hinterlasse, in den nun sie selbst hineinwachsen möchte. Ein großer Dank ging an Hildegard Degener für die geleistete Vorstands- und Verbandsarbeit und ein herzlicher Glückwunsch an Kathrin Stintmann und das neu gewählte Team des Vorstands.



Das neu gewählte VBE-Vorstandsteam: Hildegard Degener, Christina Thomas, Kathrin Stintmann, Petra Wiegers-Mattern, Sandra Grube, Britta Seesing, Claudia Müller (auf dem Bild fehlt Cornelia Rohde)

Vor Kurzem fand auf Einladung des Paderborner Kreisverbandes eine bis auf den letzten Platz ausgebuchte Fortbildungsveranstaltung in Paderborn statt.

Der Kreisvorsitzende Markus Gehlhaus aus Salzkotten freute sich sichtlich, dass neben zahlreichen Pädagoginnen und Pädagogen aus den Kreisen Paderborn und Höxter auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus den Kreisen Bielefeld, Lippe und Gütersloh der Einladung gefolgt waren.

In der Aula des Tagungshauses Liborianum des Erzbistums Paderborn referierte mit dem Vorsitzenden Richter Andreas Müller aus Düsseldorf auch kein Geringerer als der aktuelle juristische Berater der NRW-Schulministerin. Die Bedeutung von rechtssicheren Entscheidungen im Schulalltag machte der Vorsitzende Richter des Verwaltungsgerichtes der Landeshauptstadt ebenso deutlich wie die zunehmende Wichtigkeit der konsequenten Umsetzung solcher Entscheidungen.

Vom Handy im Unterricht bis zur zunehmenden Gewalt im Schulalltag spannte der erfahrene Jurist und Buchautor den Bogen während seines Vortrages vor den anwesenden Lehrern und Schulleitungen.

Gepaart mit zahlreichen Gerichtsurteilen und realen Fällen gelang es dem Richter, das ansonsten eher trockene Thema Recht auf eine unterhaltsame und lehrreiche Art und Weise zu vermitteln.



©Thorsten Franz | VBE Paderborn

Der Paderborner Kreisvorsitzende Markus Gehlhaus mit dem Referenten Richter Andreas Müller, dem Organisator des Tages, Thorsten Franz, und Maren Dürrfeld und Kristina Symann vom Bezirksvorstand (v. l.)

Die anwesenden Bezirksvorsitzende Maren Dürrfeld aus Bad Driburg bedankte sich bei dem Paderborner Kreisverband und ihrem Organisator Thorsten Franz für diese rundherum gelungene Fortbildungsveranstaltung.

„Aufgrund des unerwartet sehr hohen Interesses an diesem Thema planen wir bereits eine Fortsetzung bzw. Wiederholung dieser Veranstaltung“, verriet Thorsten Franz am Ende des Tages.

Thorsten Franz

Wichtige Info für Mitglieder

Sie sind umgezogen, in Elternzeit, pensioniert, befördert etc.? Bitte teilen Sie jede Änderung der Landesgeschäftsstelle umgehend mit, damit wir Ihren Beitrag anpassen können und Sie u. a. Ihren Versicherungsschutz (Rechtsschutz, Diensthaftpflicht) nicht gefährden. Eine rückwirkende Erstattung des Beitrags ist nicht möglich.

Meldung an mitgliederservice@vbe-nrw.de.

Beratung

Als Mitglied des VBE NRW können Sie sich bei versorgungsrechtlichen Fragen an die Rechtsabteilung des VBE wenden. Eine Berechnung des Ruhegehalts bei Pensionierungen oder Dienstunfähigkeit ist ebenfalls kostenlos möglich.

Wenden Sie sich dazu bitte an unsere Mitarbeiterin in der VBE-Geschäftsstelle, Andrea Schubert:

a.schubert@vbe-nrw.de.



Der Friedenssucher

Die Friedensbotschaft – so aktuell wie nie zuvor

von Rainer Oberthür, Katrin Egbringhoff und Elisabeth Lange

Frieden – das wünschen sich derzeit alle. Kriege in fernen Ländern, aber auch direkt vor der »Haustür« in Europa. Aufrüstung, Radikalisierung, Extremismus – es scheint, als sei der große Traum vom friedlichen Zusammenleben in weite Ferne gerückt. Auch der kleine Vogel in diesem Buch fliegt auf seiner Suche nach Frieden schon ziemlich lange und erschöpft umher. Mit letzter Kraft fliegt er in ein Museum und holt Lamm und Löwe aus ihrem Bild vom Jesaja-Tierfrieden heraus. Die beiden zeigen dem Vogel auf ihrem Streifzug durch das menschenleere Museum Bilder von erhofftem und missglücktem Frieden. Dabei lernt der kleine Vogel nach und nach die christliche Friedensbotschaft verstehen, er gewinnt immer mehr an Stärke und Selbstvertrauen und kommt am Ende zu einer entscheidenden Einsicht ...
Zielgruppe: Kinder ab 9 Jahren und alle Menschen auf der Suche nach Frieden

Mit Illustrationen von Barbara Nascimbeni

Hardcover, Pappband, 96 Seiten

Bestellnummer: 2158

Preis: 16,00 €



Basishefte

Zur Reihe: Die „Basisheft“-Reihe bietet eine hervorragende Möglichkeit, erstes Grundwissen auf anschauliche und verständliche Weise zu vermitteln. Die Hefte sind speziell auf die Bedürfnisse von Kindern mit Förderbedarf zugeschnitten und finden auch im DaZ-Bereich (Deutsch als Zweitsprache) sowie im Anfangsunterricht Anwendung.

Gemeinsam mit Fachkräften für Sonderpädagogik entwickelt! *Zielgruppe: ab 1. Klasse*

Basisheft Ernährung

Bestellnummer: 2184

Preis: 14,00 €

Basisheft Körper

Bestellnummer: 2185

Preis: 14,00 €

Basisheft Wald

Bestellnummer: 2186

Preis: 14,00 €

Basisheft Zeit

Bestellnummer: 2187

Preis: 14,00 €

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Bestellungen bitte über den Online-Shop

www.vbe-verlag.shop



VBE Verlag NRW GmbH

ST  **RKE Bildung** 
ST  **RKE Menschen**



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW e. V.